

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum:	31. August 2017
Sitzungsort:	Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
Sitzungsdauer:	17:03 Uhr bis 18.23 Uhr
Vorsitz:	Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung:	Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung:	Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Sonderausschusses auf Basis des Einsetzungsantrags gemäß Drs. 21/9805 Ziffer II sowie §§ 52 Absatz 3 Satz 1 und 53 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

(Beantragung und Beschluss einer Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

Antrag:

„Der Ausschuss befasst sich mit dem Auftrag, die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat-, Täter- und Unterstützungsstrukturen, des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzeptes sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen. Ziel ist es, die richtigen Lehren zu ziehen, damit sich so etwas in Hamburg nicht wiederholt.“
2. Verfahrensfragen und –vorschläge
(Vorbehaltlich einer Selbstbefassung in TOP 1)

- a. Fahrplan
 - b. Ortsbesichtigung Rote Flora
 - c. Aktenvorlageersuchen gemäß Artikel 30 HV zum Gegenstand der Selbstbefassung in TOP 1
 - d. Antrag auf Livestream der Sonderausschusssitzungen
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Katja Suding (FDP)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)
Abg. Michael Westenberger (CDU)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

III. Weitere Abgeordnete

Prof. Dr. Jörn Kruse

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Staatsrat Bernd Krösser
LRD'in Ute Bödecker

V. Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Matthias Jaster

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje

Frauke Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 60 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: So, das ist der erste Mikrofontest für alle. Wenn ich von dort hinten aus dem Zuschauersaal keinen winken sehe, dann bedeutet das, dass ich auch dort hinten relativ vernünftig zu verstehen bin. – Geht so, okay.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zur ersten Sitzung des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg". Ich glaube, wir tun ganz gut daran, wenn wir uns intern hier auf die Abkürzung Sonderausschuss „G20“ einigen können, sonst wird es etwas kompliziert. Die Damen und Herren von der Presse haben jetzt noch kurz die Gelegenheit, ein paar Aufnahmen zu machen, aber dann würde ich gleich bitten, dass Sie zum Abschluss kommen, denn während der Sitzung des Ausschusses sind Aufnahmen nicht gestattet. Und aus gegebenem Anlass auch der Hinweis an das Publikum, sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger, für Sie gilt das Gleiche, Handyaufnahmen, Ähnliches, Fotografieren sind während der Sitzung auch nicht gestattet.

So, und dann sehe ich, dass eigentlich alle Damen und Herren von der Presse so gut wie fertig sind und dann würde ich Sie bitten, auch Platz zu nehmen, wenn Sie an der Sitzung teilnehmen möchten. Oder die Flucht zu ergreifen, wenn Sie gehen wollen. Es sind, glaube ich, auch noch ein paar Plätze frei. Insofern hat die Öffentlichkeit ... Alle Platz genug. Danke.

Ja, sehr verehrte Damen und Herren, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu der ersten Sitzung dieses Sonderausschusses und heiße auch neben den Abgeordneten, die sich ja alle namentlich kennen, die Vertreter des Senates herzlich willkommen, Herrn Krösser und Frau Bödecker sowie Herrn Jaster als Vertreter des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Das war jetzt relativ kurz, es wird zukünftig etwas länger, die alle aufzuzählen, die dann hier sind. Aber heute ist es soweit. Herr Krösser, Herr Senator Grote lässt sich für heute entschuldigen, dazu wollten Sie uns noch kurz einen Hinweis geben, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, Herr Senator Grote lässt den Ausschuss herzlich grüßen, er hätte trotz Urlaubes und der Geburt seines Kindes gern teilgenommen, sie sind aber gestern gerade aus dem Krankenhaus nach Hause gekommen und da bittet er um Verständnis, dass er sich heute noch der Betreuung seiner Familie widmen muss und sie noch nicht allein lassen wollte. Insofern die ganz herzlichen Grüße und er wird dann bei den nächsten Sitzungen selbstverständlich zur Verfügung stehen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Krösser. Bitte bestellen Sie ihm doch, glaube ich, im Namen aller Abgeordneten und Mitglieder dieses Ausschusses herzlichen Glückwunsch. Es ist ja, glaube ich, sein erstes Kind. Da wünscht man vor allen Dingen erst einmal Gesundheit und ein wenig, ja, Ruhe. Er soll noch einmal ein bisschen ausschlafen, so lange, wie es noch geht. Das ist ja irgendwann dann auch vorbei. Die Sitzungen des Sonderausschusses sind nicht dafür geeignet, den Schlaf nachzuholen, können Sie ihm ausrichten. Wir werden ihn ja hier noch häufiger sehen.

So, jetzt können wir anfangen. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen noch die Bitte an die Bürgerschaftskanzlei, dass wir ein Wortprotokoll führen. Ich glaube, das ist einvernehmlich, wenn ich einmal so in die Runde gucke. Und das gilt auch bis auf Weiteres, bis wir das widerrufen, auch für alle anderen Sitzungen, dass wir ein solches Wortprotokoll bekommen. Wir wissen, es macht viel Arbeit, bedanken uns jetzt schon für die Mühe, aber ist wohl notwendig in einem solchen Fall.

Und dann noch einmal der Hinweis, den hat mir Frau Bai dankenswerterweise ja auch aufgeschrieben, dass wir nah ans Mikrofon gehen sollen und sprechen sollen. Ich hoffe, ich tue das jetzt schon. Deswegen am Anfang auch die Frage, aber auch immer die Bitte an alle anderen Mitglieder des Ausschusses, das auch so zu handhaben und vor allen Dingen auch das Mikrofon überhaupt zu benutzen. Also man neigt auch manchmal dazu, das Mikrofon nicht anzumachen.

So, und jetzt sind wir eigentlich schon so weit, dass wir nur noch die Frage ... Noch einmal den Hinweis zum Livestream, ich glaube, die Bürgerschaftskanzlei hat vorher darauf hingewiesen, in dieser Sitzung gibt es noch keinen Livestream im Internet, da wir ja zunächst einmal überhaupt darüber Beschluss fassen müssen, dann der Ältestenrat auch noch einmal das entscheiden muss. Für die zukünftigen Sitzungen wird das dann aber der Fall sein. Falls jetzt schon aufgeregt Leute irgendwie im Internet gucken, wo der Livestream dieser Sitzung ist, den gibt es jetzt noch nicht.

Und dann würde ich vorschlagen, dass wir in die Tagesordnung einsteigen und kommen zum Tagesordnungspunkt 1, Konstituierung des Sonderausschusses auf Basis des Einsetzungsantrags gemäß Drucksache 21/9805 Ziffer II sowie Paragraphen 52 Absatz 3 Satz 1 und 53 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Das ist eine Selbstbefassungsangelegenheit und der Antrag lautet: "Der Ausschuss befasst sich mit dem Auftrag, die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat-, Täter- und Unterstützungsstrukturen, des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzeptes sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen. Ziel ist es, die richtigen Lehren zu ziehen, damit sich so etwas in Hamburg nicht wiederholt."

Wer möchte genau diese konstituierende Selbstbefassung so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen? – Ja, natürlich, Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will einmal, bevor wir das beschließen, auch die Erwartungshaltung meiner Fraktion deutlich machen und deshalb ist es, glaube ich, notwendig. Wir haben ja während der Bürgerschaftssitzung dazu keine eigene Debatte führen können, deshalb gestatten Sie mir kurz einige Sätze dazu, was wir uns von diesem Ausschuss versprechen und erwarten.

Ich glaube, das ist klar, auch in der Rückschau nach einigen Wochen, war das und ist es nach wie vor diese Ereignisse um den G20-Gipfel in Hamburg eine schwere Hypothek für unsere Stadt. Es war eine schwere Belastungsprobe. Diese Auseinandersetzung insbesondere linker Extremisten mit der Polizei, heftigste Krawalle auch abseits des G20-Gipfels, viel Zerstörung, verletzte Menschen, ich glaube, all das hat deutlich gemacht, dass natürlich das Sicherheitsempfinden vieler Hamburgerinnen und Hamburger eklatant gelitten hat. Und deshalb glaube ich, das sind ja auch die Rückmeldungen, die uns aus vielen Stadtteilen erreicht haben, ist es wichtig, dass wir uns parlamentarisch damit auseinandersetzen. Das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete. Wir wollen das hier in diesem Rahmen tun. Wir glauben, dass es ein ausreichender Rahmen ist, deshalb sind wir mit einigen anderen Fraktionen übereingekommen, diesen Weg auch zu wählen, um auch eine schnelle und flexible Aufklärung leisten zu können. Und ich glaube, zentrale Fragen, die wir in diesem Ausschuss beantworten müs-

sen, sind, wie es dazu kommen konnte, zu diesen Auseinandersetzungen, und natürlich auch, wie die politische Gesamtverantwortung dazu zu bewerten ist. Wir wollen das machen in einem Ablauf chronologisch – vor, während und nach dem Gipfel. Und dabei gibt es zentrale Fragen, auf die dieser Ausschuss hoffentlich dann auch Antworten finden wird. Wir wollen wissen, auf welcher Grundlage wurden der Stadt, wurden den Bürgern unserer Stadt Sicherheitsgarantien gegeben, insbesondere von den politisch Verantwortlichen, was hat man getan, bevor man diese Sicherheitsgarantien abgegeben hat, welche Informationen haben stattgefunden und warum ist es so auch klar und deutlich gewesen, warum wurde behauptet, man hätte das alles nicht vorhersehen können, obwohl es zahlreiche Hinweise auch gab. Dazu ist es notwendig, dass wir alle Akten und alle schriftlichen Vorbereitungsdinge auch vorgelegt bekommen. Das werden wir ja auch noch beschließen. Und deshalb wollen wir auch wissen, warum der Linksextremismus in unserer Stadt in den letzten Jahren verharmlost wurde, warum es kein entschiedenes Einschreiten auch von Politik und von Verwaltung in diesem Sektor gibt. Wir wollen wissen vom Ersten Bürgermeister, was es heißt, wenn ihm der Geduldsfaden reißt. Wir wollen wissen, was es heißt, wenn er eine härtere Gangart bezüglich der Roten Flora ankündigt. Das sind Fragen, die wir als CDU-Fraktion Ihnen hier in diesem Ausschuss stellen werden.

Ich habe das in der Erwidern der Regierungserklärung gesagt, durch die Ereignisse des G20-Gipfels hat die Seele unserer Stadt Schaden genommen. Unsere Erwartungshaltung, unserer Hoffnung ist es, dass durch unsere gemeinsame Arbeit wir dazu auch beitragen können, dass diese Verletzungen der Seele unserer Stadt auch wieder heilen können und dass wir Lösungen und Strategien auch entwickeln, dass sich so etwas in diesem Ausmaße nicht wiederholen wird. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Trepoll. Ich denke, dann werden jetzt auch andere Fraktionen die Gelegenheit nutzen – zwei Wortmeldungen habe ich schon – einleitende Worte zu sagen. Bitte sehen Sie mir nach, dass nach meiner Lesart, wir zunächst einmal uns konstituieren wollten, bevor wir dann etwas sagen, aber das ist ehrlich gesagt nicht ganz so wichtig, in welcher Reihenfolge wir das heute machen. Deswegen würde ich jetzt Herrn Nockemann, dann Herrn Dressel das Wort erteilen und dann sehe ich die weiteren Wortmeldungen, notiere ich sofort. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hoffe, ich bin auch nahe genug am Mikro. Ich kann sagen, dass die Vorfälle, die wir hier im Juli erlebt haben, nicht nur die Seele dieser Stadt berührt haben, sondern dass es ein Einschnitt war, wie wir ihn in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch niemals in dieser Form erlebt haben. Das ist nicht sehr verwunderlich, denn bei vielen derartigen oder vergleichbaren oder ähnlichen Demonstrationen, Krawallen, Auseinandersetzungen ist staatlicherseits nie angemessen reagiert worden und deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass da, wo eine Schlacht seitens der Linken einmal gewonnen worden ist, das Gleiche sich in die Zukunft weiter fortsetzt.

Zur Frage Sonderausschuss, vielleicht sogar PUA. Ich hatte es ja in der Sondersitzung des Innenausschusses mit einiger Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass Herr Gladiator so vorsichtig formulierte, der PUA stünde vor der Tür oder der PUA würde an die Tür klopfen. Ich finde es schade, dass wir jetzt keinen PUA haben. Wahrscheinlich hat die CDU Berlin an die Tür von Herrn Gladiator geklopft und gesagt, wir wollen keinen PUA. Ich hätte mir da wirklich mehr Initiative von Ihnen gewünscht, Herr Gladiator.

Der Sonderausschuss soll ja etwas Transparenz oder viel Transparenz in die Geschehnisse bringen. Ich finde es schon ein bisschen kurios, dass nicht alle Fraktionen an der Vorbereitung dieses Ausschusses beteiligt worden sind, sondern dass hier Rot-Grün mit Schwarz-Gelb sozusagen den Ausschuss vorbereitet hat und zwei andere Fraktionen außen vor ge-

lassen worden sind. Ich glaube nicht, dass das in irgendeiner Form zur Transparenz beiträgt. Und damit hat dieser Ausschuss schon sozusagen für mich einen ersten Makel.

Eine der wesentlichen Fragen, vor denen wir stehen, ist die Frage, inwieweit hat der Erste Bürgermeister bei all den Warnungen, die es im Vorfeld vor Krawallen gegeben hat, angemessen reagiert, inwieweit hat er sich überhaupt beraten lassen von seiner Polizei, vom Polizeipräsidenten, vom Innenstaatsrat, vielleicht auch vom BKA. Sind diese Warnungen vielleicht sogar einfach nur verhallt?

Wir haben weiter vor, in diesem Antrag – aber wahrscheinlich kommen wir erst dazu nachher – Anträge zu stellen auf Ortstermin. Ich glaube, das reicht, wenn ich das dann nachher begründe, ich denke, dass ich dann auch wieder das Wort erhalten werde. Wenn nicht, würde ich es jetzt noch weiter ausführen, ansonsten möchte ich jetzt beschließen.

Vorsitzender: Also Herr Nockemann, immer wenn Sie sich melden als Abgeordneter, erhalten Sie, wenn Sie dann dran sind in der Reihenfolge, auch das Wort. Und in der Tat spricht ja viel dafür, dass wir die Tagesordnung des Ausschusses einhalten und nicht zu den Punkten springen, die uns gerade in den Sinn kommen. Und deswegen bin ich ganz sicher, dass Sie nachher noch das Wort bekommen. Und jetzt hat das Wort Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass wir starten können. Ich glaube auch, dass wir gemeinsam eine Verantwortung haben, das sind wir der Stadt auch gemeinsam schuldig, dieses Thema wirklich intensiv zu bearbeiten, nicht zur Tagesordnung überzugehen und dass wir jetzt auch ein Format entwickelt haben, was wir nachher noch im Einzelnen auch noch einmal vorstellen und auch diskutieren werden, was aber uns eben nicht nur ermöglicht, einen Blick zurückzuwerfen, was ist schiefgelaufen, sondern auch ein bisschen den Blick nach vorne zu entwerfen, was können wir als Stadtgesellschaft für Lehren ziehen, damit sich so etwas nicht wiederholt. Das war etwas, was wir bei unserem Einsetzungsantrag uns eben überlegt haben, nicht nur zurückzuschauen, sondern als Stadtgesellschaft auch nach vorne zu schauen. Dafür bietet ein Sonderausschuss viele Möglichkeiten, auch eben nicht nur eine lange Liste von Zeugen abzuarbeiten, sondern eben das themenstrukturiert zu erarbeiten, auch dass wir sagen, wir wollen auch eine öffentliche Anhörung im Schanzenviertel machen, um uns dort rückzukoppeln und viele Sachverständige miteinbeziehen und und und, also bietet uns da ein großes Maß an Flexibilität.

Wir haben uns im Vorfeld, dazu kommen wir ja auch gleich noch, mit CDU und FDP auf einen Fahrplan verständigt, den wir aber natürlich hier auch nicht nur als einen Fahrplan verstanden wissen wollen von vier Fraktionen, sondern Sie werden ja auch nachher in der Diskussion sehen, dass dort Punkte auch aufgegriffen sind, die auch andere Fraktionen in die Diskussion mit einbringen und wir werden auch bei der Ausgestaltung der einzelnen Sitzungen immer wieder gucken können logischerweise bei Sachverständigenanhörungen, dass DIE LINKE noch sagt, wir wollen auch noch den hören und den hören, selbstverständlich wird das möglich sein. Also ich glaube, natürlich lebt nachher dieser Ausschuss davon, dass wir einen möglichst breiten Konsens hinbekommen, auch über die vier Fraktionen hinaus. Dazu ist auch unsere Hand ausgestreckt und ich glaube, je weniger wir in diesem Ausschuss in Parteiengezänk verfallen, sondern uns sozusagen wirklich der Sache widmen, umso mehr wird es uns gelingen, auch eine wirklich gute Aufarbeitungsleistung in die Stadt hineinzutragen. Und dass wir die Stadt mitnehmen wollen, sehen Sie ja auch daran, dass das Thema Livestream etwas ist, was auch uns bewegt hat, nicht nur die AfD-Fraktion. Auch das ist ein Punkt, den wir im Fahrplanantrag drin haben, wo wir aber auch die Regeln unserer Geschäftsordnung beachten müssen, dass wir eben den Ältestenrat dazu konsultieren müssen.

Insofern, das Angebot an alle Beteiligten steht, dieses zu machen, und ich glaube, wir haben dann jetzt auch einen Rahmen, in dem wir vernünftig arbeiten können.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schneider bitte.

Abg. Christiane Schneider: Schönen Dank. Die Fraktion DIE LINKE hat ein umfassendes Aufklärungsinteresse und das werden wir auch während der ganzen Zeit, in der dieser Sonderausschuss tagt – wie soll ich einmal sagen – leben. Also wir werden uns an der Aufklärung beteiligen, und zwar wirklich umfassend und auch wenn wir unterschiedliche Auffassungen in vielen Dingen haben, werden wir uns keiner einzigen Frage verschließen. Wir erwarten das umgekehrt natürlich auch von den, sage ich einmal, vier Mehrheitsfraktionen. Das werden wir ja dann gleich sehen, wir haben ja Ergänzungsanträge gestellt, aber das behandeln wir dann.

Wir hätten trotzdem, ich will es noch einmal sagen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bevorzugt. Es gibt zwar viele Elemente, die jetzt in diesem Fahrplan enthalten sind, die hätte man da nicht machen können, die hätte man aber vielleicht auf anderem Wege, zum Beispiel im Rahmen des Innenausschusses, machen können. Für uns ... Es gibt viele Gründe, warum wir für den PUA sind, nämlich ich stimme zu oder gestehe zu, dass Rot-Grün parlamentarische Minderheitenrechte zugestanden hat, aber die sind natürlich in erheblichem Maße auch unverbindlich, weil, zum Beispiel wenn Zeugen geladen werden, müssen die Zeugen nicht kommen. Jetzt hat ja Rot-Grün gesagt, was den Bereich des Senats angeht, stehen Sie dafür grade, aber das betrifft ja schon andere Menschen nicht mehr, die sind durch das, was Rot-Grün jetzt zum Beispiel der CDU und der FDP zugestanden hat, ja nicht direkt berührt. Das entscheidende Argument für uns ist, warum wir auch für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss waren und auch weiter sind, ist die Tatsache, dass Zeugen, die geladen werden, der Wahrheitspflicht unterliegen und das unterliegen sie nicht in einem Sonderausschuss. Das ist durch die Sondersitzung des Innenausschusses für uns bestätigt worden, dass es gut ist, wenn Menschen, die da sprechen, Vertreter des Senats oder andere, egal wer, der Wahrheitspflicht unterliegen. Das heißt, wenn es Mittel gibt im Falle, dass zum Beispiel der Wahrheitspflicht nicht nachgekommen wird, eventuell auch Sanktionen ergriffen werden können. Also ... Und deshalb, wir halten das für notwendig, weil nach unserem Dafürhalten vieles aufzuklären ist, von vielen Seiten aufzuklären ist, für viele Seiten aufzuklären ist, auch staatliches Handeln ist aufzuklären, ist zu hinterfragen. Werden wir machen, da werden wir auch – wie soll ich einmal sagen – viel Energie reinstecken und da wäre es natürlich ..., da halten wir das einfach eigentlich für unverzichtbar, dass da solche Mittel wie möglichst großer Druck oder, ja, möglichst große Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen und möglichst nichts anderes als die Wahrheit, das ist gegeben. Deshalb bedauern wir das, dass es keinen PUA gibt und ich glaube aber, die Frage wird offenbleiben bis zum Ende dieses Sonderausschusses, wenn sich nämlich erweist, dass tatsächlich jemand mit der Wahrheitsfindung im Sonderausschuss nicht weiterkommt. Und deshalb behalten wir uns vor, dass wir das bei Gelegenheit wieder ins Spiel bringen, das wird dann konkret ... Ich werde jetzt nicht in jeder Sitzung sagen, PUA wäre besser gewesen. Das ist jetzt erst einmal so entschieden, aber wir behalten uns das vor. Aber wie gesagt, ich verspreche Mitarbeit, und zwar sehr aktive.

Vorsitzender: Herr Dr. Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch betonen, dass sozusagen vor den Sommerferien im Rahmen des G20 gravierende Ereignisse in unserer Stadt stattgefunden haben und ich glaube, dass es ein sehr gutes Zeichen ist, dass wir uns an diesen Tischen, an diesem Tisch so schnell, muss man ja auch sagen, zusammengefunden haben, um trotz der Sommerferien, gleich am Ende der Sommerferien damit zu begin-

nen, über die Frage parlamentarisch zu reden, weil, ich glaube, das ist unsere zentrale Pflicht als Parlament und auch als Volksvertreter, dass man diese Debatten nicht in irgendeine Expertenkommission beispielsweise verlagert, die auch in der öffentlichen Debatte einmal war, sondern dass man sagt, man nimmt das Mandat, was man hier auch bekommen hat vom Volk dann auch ernst und sagt, dieses Thema harret der Aufklärung in sehr unterschiedlichen Dimensionen und diese Aufklärung wollen wir hier in dem Ausschuss gemeinsam leisten. Ich freue mich sehr, dass ... Wir haben ja sehr kurzfristig auch nach den Ereignissen als rot-grüne Koalition vorgeschlagen und auch beschlossen einen Sonderausschuss, der mittlerweile auf eine breitere Zustimmung stößt, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass man sich nach Möglichkeit auf gemeinsame Wege verständigt, insbesondere was das Thema Verfahren angeht. Ich glaube, außerhalb dieser Räume würden das nicht viele Leute verstehen, wenn man sich schon über das Verfahren essenziell zerstreiten würde. Und ich habe auch in Bezug, um das vielleicht anzuschließen an den Redebeitrag meiner Vorrednerin ... Ich würde mir sehr wünschen, wenn es uns gelänge, zunächst einmal einen einheitlichen Blick auf die Tatsachen zu bekommen, weil nämlich die Sondersitzung des Innenausschusses, Frau Schneider hat es ja gerade angedeutet, auch im Nachgang eine Debatte ausgelöst hat über eine der zentralen Tatsachen, nämlich die Frage, was passierte am Rondebarg, und auch da eine einheitliche Tatsachenbewertung. Und deswegen bin ich bei der Frage der Wahrheitspflicht, die sowieso immer gilt vor diesem Ausschuss, Frau Schneider, da an der Stelle auch ein wenig anderer Meinung, weil es natürlich so ist, dass da ganz viele Leute auch zu einer anderen Tatsachenbewertung gekommen sind als, glaube ich, Sie eben in dem Vortrag impliziert haben. Aber ich würde mich freuen, wenn wir insgesamt versuchen würden, erst einmal zu einer einheitlichen Tatsachenbewertung zu kommen, auch mit der Stadt zu kommen, und dann ..., daraus kann dann ja jeder immer noch seine politische Bewertung, die dann sicherlich auch divergent sein wird, ziehen können.

Ich glaube, dass wir mit dem Thema, was wir heute auch beschließen werden, dem Thema Aktenvorlage, eine sehr weitreichende Aktenvorlage beschlossen haben, die uns noch viel Arbeit auch abnötigen wird. Ich glaube, das sollte man sicher ins Auge fassen, aber ich glaube, das ist wichtig, dass man gerade bei der Situation auch, die ich da eben angesprochen hatte, aus sehr vielen unterschiedlichen Blickperspektiven die verschiedenen Ereignisse sich anguckt, um zu verstehen, wie eine Situation eigentlich war. Ich glaube, dass es ein sehr gutes Zeichen sein wird, wenn wir Expertenanhörungen zu den Themen durchführen und auch das Thema haben sozusagen, diese Experten mit den Senatsvertretern interagieren zu lassen, um eine politische Debatte um die verschiedenen Fragen führen zu können. Und ich glaube auch, dass es essenziell sein wird, das Thema öffentliche Anhörung, weil, es ist nicht nur ein Thema des Parlamentes, was wir hier verhandeln, sondern es ist ein Thema der Stadt und ein Thema derjenigen, die das erlebt haben, und auch die müssen, glaube ich, im Rahmen einer Aufarbeitung zu Wort kommen. Insofern finde ich das richtig, dass wir sozusagen das Thema öffentliche Anhörung in der Schanze forciert haben. Ich finde es richtig, dass wir nach dieser Sitzung dann das Thema Livestream verfolgen werden.

Insgesamt glaube ich, nicht nur ein schneller Beginn der Aufklärung ist wichtig, sondern es ist auch wichtig, dass man in einem, sage ich einmal, überschaubaren Zeitraum auch zu Ergebnissen kommt. Das bedeutet, dass man sich aus meiner Sicht durchaus relevant viel Zeit nehmen muss, um die verschiedenen Ereignisse auch aufzuarbeiten, aber dass man auch gucken muss, dass man ein Ende irgendwann findet, das noch ein Bezug zum Ausgangspunkt hat, nämlich zu dem G20-Gipfel. Und deswegen freue ich mich, dass wir breit getragen einen Fahrplan verabreden konnten, der das zumindest in Aussicht stellt bei aller Flexibilität und aller Konkretion, die in der Arbeit auch noch nötig ist. Und ich glaube, das ist auch wichtig jetzt auch im Bezug auf die anderen Fraktionen, dass wir insgesamt uns, glau-

be ich, vornehmen sollten, auch ein bisschen von Mal zu Mal gucken, um zu gucken, dass wir nach Möglichkeit die Schritte weitestgehend gemeinsam verabreden, die wir sozusagen dort unternehmen werden.

Wenn uns das gelingt, dass wir einen einheitlichen Blick auf die Tatsachenbewertung haben werden, dann kann es uns auch gelingen, zumindest teilweise, gemeinsame Schlüsse daraus zu ziehen. Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn wir das zumindest versuchen würden, weil, wenn das Ziel sein soll, dass sich diese Ereignisse nicht wiederholen, würde das, glaube ich, auch ein starkes Signal an die Stadt sein. Und in diesem Sinne freue ich mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es sind jetzt ungefähr zwei Monate her, dass dieser G20-Gipfel hier stattgefunden hat mit all dem, was uns heute beschäftigt, mit den Ereignissen im Vorfeld, mit den Ereignissen während des Gipfels und mit den Bewertungen und Ereignissen danach. Insofern haben wir in der Zwischenzeit eine Sondersitzung des Innenausschusses gehabt, wir haben medial sehr viel erlebt, wir haben SKAs gestellt und so weiter. Insofern ist es jetzt wirklich an der Zeit, dass wir anfangen, und zwar anfangen in erster Linie mit der ausführlichen Bewertung, mit der ausführlichen Auflistung, mit der Nachforschung nach Fehlern, nach Versäumnissen, nach Verantwortlichkeiten. Und darum muss es jetzt hier gehen in erster Linie. Die Konsequenzen werden sich am Ende unserer Sitzungen hoffentlich automatisch ergeben, wie es zukünftig anders sein muss. Und natürlich haben wir eine gemeinsame Verantwortung, Herr Dressel, aber wir haben eine Verantwortung als Parlament, aufzuklären – wenn wir die alle gemeinsam wahrnehmen unabhängig von der Parteizugehörigkeit, um so besser – und der Senat hat eine Verantwortung für das, was da geschehen ist. Und ich denke, das ist unser Auftrag, dem wir hier nachzugehen haben. Es ist vieles davon gesagt worden, ich will das gar nicht wiederholen, es ist, wie ich finde, eh genug drüber geredet worden, nun sollten wir anfangen. Ein Punkt der mir wichtig ist bei alledem, was wir hier machen, ist, glaube ich, dass wir alle das Ziel haben sollten, mit unseren Beratungen, mit unserer Aufklärung, die wir hier leisten, Vertrauen zurückzugewinnen, denn es ist in den Tagen des G20-Treffens in Hamburg viel Vertrauen zerstört worden, Vertrauen in die Polizei, Vertrauen in den Rechtsstaat zum Teil, Vertrauen in die Regierung, in die Politik bei den Leuten, die unmittelbar betroffen waren. Und ich denke, hier dafür zu sorgen durch unsere Aufklärungsarbeit, dass dieses Vertrauen ein Stück weit wieder zurückgewonnen wird, sollte eines unserer Hauptziele sein. Darum geht es mir jedenfalls sehr. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Jarchow. Den letzten Satz dessen, was ich eigentlich als Einleitung zur Arbeit des Ausschusses sagen wollte, kann ich mir jetzt sparen, denn in der Tat geht es darum, dass wir wieder Vertrauen für die Bürgerinnen und Bürger herstellen können in diesen Staat und in seine Organe und Institutionen. Und die persönliche Anmerkung, Frau Schneider, ich habe immer die Erwartungshaltung in einem Ausschuss, dass mir die Wahrheit gesagt wird von denjenigen Personen, mit denen ich spreche. Das gilt im Übrigen auch für Abgeordnete. Und wenn wir gemeinsam feststellen sollten, dass uns jemand nicht die Wahrheit gesagt hat oder wissentlich die Unwahrheit sagt, dann wäre das ein schwerwiegender Vorgang, den wir dann auch gemeinsam in Angriff nehmen würden, der sicherlich nicht ohne Konsequenzen bleiben kann. Aber schon in der Bewertung, was die Wahrheit ist und was nicht, gehen die Einstellungen und Einschätzungen manchmal auseinander. Und als Rechtsanwalt kann ich Ihnen nur sagen, selbst ein Verkehrsunfall, der von fünf Zeugen beobachtet worden ist, stellt sich manchmal für die Richter so dar, als hätten diese fünf Personen jeweils einen anderen Verkehrsunfall beobachtet. Und so wird das hier

vielleicht auch sein. Aber am Ende hoffe ich, dass wir vielleicht doch eine gemeinsame Faktenbasis finden, sodass wir dann Bewertungen vornehmen können. Und die werden naturgemäß unterschiedlich sein, aber so ist es in der Politik.

Und das soll es jetzt an schönen Worten genug sein, jetzt fangen wir tatsächlich mit der Arbeit an, wie Herr Jarchow sich das auch vorgestellt hat und ich auch. Und deswegen würde ich jetzt gern die Konstituierung beschließen, wie ich sie am Anfang einmal vorgetragen habe. Sie sind bereit zum Abstimmen? Dann bitte ich jetzt um das Handzeichen, wer den vor etwas längerer Zeit vorgeschlagenen Konstituierungsbeschluss so fassen möchte. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Mal sehen, ob das die einzige einstimmige Abstimmung in diesem Ausschluss bleibt, aber ich hoffe, wir kriegen auch noch ein paar andere Beschlüsse auf diesem Weg hin. – Vielen Dank.

Zu TOP 2

a) Fahrplan

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2, Verfahrensfragen und -vorschläge. Und als Erstes den Tagesordnungspunkt 2 a, Fahrplan. Hierzu ist schon Verschiedenes gesagt worden, aber es besteht sicherlich noch einmal Bedarf, dazu etwas weiter zu erläutern. Frau Friederichs bitte.

Abg. Martina Friederichs: Ja, meine Damen und Herren, das ist eben schon angeklungen, wir haben uns von SPD zusammen mit unserem grünen Koalitionspartner und letztlich auch mit CDU und FDP sehr viele Gedanken darüber gemacht, wie wir tatsächlich die Ausgestaltung des Sonderausschusses machen wollen. Und Ihnen liegt jetzt der Fahrplan zum Sonderausschuss vor. Wir haben ganz detailliert vorgesehen, uns in drei Phasen mit dem G20-Gipfel zu befassen und den Ausschreitungen. Zum einen geht es um die Vorbereitungsphase, dann um die Durchführung und eben auch das, was eben unsere Arbeit als Ausschuss ausmacht, das zu benennen, was wir in Zukunft anders machen wollen, damit diese Ausschreitungen und diese Vorkommnisse sich in Hamburg nicht wiederholen, nämlich die Konsequenzen aus dem zu ziehen und Hamburg insoweit ein Stückchen dann verändern zu können. Wir wollen alle Facetten betrachten, was die Polizeieinsätze, was die gewalttätigen Ausschreitungen betrifft, viele Expertinnen und Experten hören, Behördenvertreter natürlich, vom Ersten Bürgermeister an bis hin zu Polizeiführern et cetera. Und unser Ziel ist, wie mein Fraktionsvorsitzender eben schon gesagt hat, eben, dass diese Ausschreitungen sich nicht so wiederholen.

Wir stellen uns vor, das ist auch schon angeklungen, dass die Sitzungen ab dem nächsten Mal per Livestream übertragen werden, das heißt, jede Hamburgerin, jeder Hamburger kann sich von zu Hause aus auch die Sitzungen des Ausschusses ansehen und unser Bemühen sehen, die Geschehnisse intensiv aufzuklären. Und ja, das ist das, was wir uns für die nächsten Monate vorgenommen haben. Der Fahrplan ist quasi eine Art Gerüst, was wir uns vorgenommen haben und selbstverständlich werden wir dieses Gerüst für jede Sitzung neu füllen, uns überlegen, wen wir für die nächste Sitzung einladen möchten, welche Expertinnen und Experten wir hören möchten, damit jede Sitzung für sich rund ist und abgeschlossen ist und wir uns zu den verschiedensten Themengebieten informieren können, Fragen stellen können. Und ich glaube, das ist auch ein großer Vorteil des Sonderausschusses, des flexiblen Instrumentes, das wir uns gewählt haben, gegeben haben anstatt eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dass wir wirklich Themenbereich für Themenbereich

abearbeiten können, immer wieder Nachfragen stellen können, um so das ganze Geschehen aufzuarbeiten. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, wir haben ja, als der Sonderausschuss installiert wurde, von Anfang an gesagt, uns ist nicht der Name dieses Ausschusses wichtig, sondern die Instrumente, die wir bekommen, um den G20-Gipfel beziehungsweise die Ereignisse drumherum aufzuklären, und auf die Ergebnisse wird es ankommen und nicht, wie wir diesen Ausschuss bezeichnen. Wir haben deshalb auch in der Sommerpause als CDU-Fraktion gemeinsam mit der FDP unsere Forderungen an diesen Ausschuss formuliert, sowohl in der Arbeitsweise als auch von den Möglichkeiten, die er haben muss, haben darüber mit den Regierungsfraktionen gesprochen, konnten die Punkte in diesen Gesprächen gemeinschaftlich durchsetzen, so dass die Voraussetzungen geschaffen sind von dem, was wir an Rechten haben wollen, also die Aktenvorlage, die nicht davon abhängen kann, ob die Mehrheit in diesem Ausschuss das für gut oder richtig befindet, sondern die als Minderheitenrecht auch festgeschrieben ist, auch die Tatsache, dass alle Mitarbeiter, die im Zuständigkeitsbereich des Senats tätig sind, vor diesem Ausschuss aussagen dürfen und auch sollen, und dass wir da auch jeden zitieren und direkt befragen können. Nicht, wie es sonst hier in Ausschusssitzungen üblich ist, wir fragen den Senat und der Senat entscheidet, wer für ihn antwortet, wir werden direkt befragen insofern, dass wir hier weitgehend die Möglichkeiten haben.

Und ich finde es auch etwas müßig, und da stimme ich Herrn Jarchow zu, weil, wir könnten jetzt wochenlang darüber diskutieren, wie wichtig es wäre, Zwangsmaßnahmen zu haben, wenn jemand nicht erscheint oder uns die Unwahrheit sagt. Ich habe einem PUA angehört und da hat sich die Frage nicht gestellt, ob Zwangsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Wenn wir sehen, dass trotz der Vereinbarung, die übrigens im Antrag festgeschrieben ist, dass die Mitarbeiter entsandt werden, und wir erleben, dass das nicht passiert oder wir jemandem beim Lügen erwischen, das müssten wir im PUA übrigens auch, bevor wir da zu Konsequenzen kommen könnten, wenn da also gegen diese Vereinbarung verstoßen wird, wenn wir erleben, dass das, was hier gemeinsam auf den Weg gebracht wurde ... dann ist der PUA die Option, die wir ergreifen könnten. Und das muss auch jedem, der vor diesem Ausschuss aussagt, bewusst sein, es muss dem Senat bewusst sein und darum haben wir uns gemeinsam auf diesen Weg verständigt.

Wir haben die drei Phasen, André Trepoll hatte es schon in der Bürgerschaft in Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gesagt, dass man es in diesen drei Phasen nur aufarbeiten kann. Wir hatten es in der Sondersitzung des Innenausschusses, als wir mit einem langatmigen Monolog erschlagen werden sollten, auch noch einmal betont, dass eine echte Aufklärung nur möglich ist, wenn man sich diese Etappen auch tiefgehend anschaut. Und da kann man es nicht in der Form machen, wie es dort vorgeschlagen wurde. Insofern freuen wir uns, dass wir uns gemeinsam da auch dann auf diese drei Phasen verständigen konnten, die auch eine tiefe Aufarbeitung der genannten Bereiche ermöglicht.

In diesem Papier bestehen in den einzelnen Blöcken bewusst sehr grob formulierte, also grob, sehr allgemein formulierte Themenblöcke, weil uns auch wichtig war, anders, als in einem PUA, wo man sehr streng sich an den Einsetzungsbeschluss halten muss, die Vorteile der Zwangsmittel, die sich aus der StPO ergeben, hat auch den Nachteil, dass man in den Verfahrensweisen sehr eng ist und sich auch sehr an das halten muss, was man beschlossen hat. Natürlich kann man über einen neuen Bürgerschaftsbeschluss Dinge erweitern. Uns war es aber wichtig, auch hier im Ausschuss Erkenntnisse, die wir neu erlangen, in die Arbeit direkt mit einfließen lassen zu können, auch die Auskunftspersonen, die wir hier befragen, auch zu neuen Erkenntnissen direkt befragen zu können. Das wäre ansonsten sehr schwie-

rig. Insofern haben wir hier ein Stück weit mehr Flexibilität und Transparenz, die wichtig ist. Die Themen können daher erweitert werden und ich schließe mich an, dass es natürlich wünschenswert wäre, wenn wir das gemeinsam hinbekommen, aber auch da haben wir als Minderheit, als Opposition, die Möglichkeit, das von uns aus zu tun. Und das ist auch wichtig und richtig, wenn man Kontrolle ernst meint.

Und das gilt auch für die Auskunftspersonen, die hier stehen. Hier stehen Vorschläge, das heißt nicht, dass jeder eingeladen werden muss oder es nur die sein können. Auch da hat man ja die Offenheit, im gemeinsamen Gespräch darüber sich zu verständigen. Am Ende, und da kommt es uns darauf an und das sagt auch dieser Antrag, dass wir die drei Bereiche mit den Verantwortlichkeiten, den Geschehnissen, aufgeklärt haben müssen. Und da muss auch Herr Nockemann sich keine Angst machen, da hat niemand bei uns an die Tür geklopft. Hier geht es uns, und das sieht man ja auch mit inhaltlichen Vorschlägen, die wir unterbreitet haben – von der AfD habe ich weder inhaltlich noch sonst etwas vernommen, außer, welchen Ort Sie besuchen wollen –, insofern sieht man da, glaube ich, auch große Unterschiede. Uns geht es hier um die Aufklärung, die wollen wir mit dem Sonderausschuss. Wir hoffen, dass es hiermit klappt. Ansonsten gibt es immer noch Alternativen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider bitte.

Abg. Christiane Schneider: Schönen Dank. Wir halten den Fahrplan in seiner Anlage für akzeptabel und auch durchführbar und glauben auch, dass da etliches untergebracht werden kann. Wir haben trotzdem Ergänzungsvorschläge gemacht, die wir auch heute gerne zur Abstimmung stellen wollen, und zwar sage ich das aus ... haben wir das aus folgendem Grund gemacht. Wir sind die einzige Fraktion, auf jeden Fall die einzige Oppositionsfraktion und naturgemäß sozusagen bezieht sich das ja vor allem auf Oppositionsfraktionen, die ein sehr ausgeprägtes Interesse an der Aufklärung auch staatlichen Handelns, auch polizeilichen Handelns hat.

Und wir wollen ... wir haben uns jetzt überlegt, unter welchem Gesichtspunkt machen wir Ergänzungsvorschläge. Wir wollen jetzt wirklich nicht, wie soll ich einmal sagen, alles Mögliche da reindrücken, weil das auch zur Sprache kommen kann, aber wir wollen, dass mit der Verabschiedung des Fahrplans auch deutlich wird, dass gewünscht ist, dass kritische Stellungnahmen sozusagen hier oder kritische Fragen hier ihren Platz finden und dass das sozusagen von anderen Fraktionen akzeptiert wird. Deshalb haben wir solche Vorschläge gemacht, wie gesagt, die sind sehr zurückhaltend formuliert. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass die Personen, die da in dem Fahrplan genannt sind, sowieso vorläufig sind. Die sind ja auch alle noch gar nicht befragt. Das kann jederzeit erweitert werden. Wir haben auch solche Vorschläge gemacht, die sind auch nicht gefragt, die können auch noch erweitert werden, ist völlig klar. Aber um das zu verdeutlichen, was unser Anliegen ist, und ich sage das an einem Punkt, auf Seite 2, 3, wo von Sicherheit ... im Fahrplan, wo von Sicherheitskonzept die Rede ist, da, haben wir gesagt, möchten wir unter d), da gibt es ja a), b) und c), zum Beispiel c) lautet: "Welches Einsatzkonzept ergab sich aus den äußeren Rahmenbedingungen und der Lagebeurteilung". Das impliziert ja, dass es gar keine Alternativen gegeben hat, sondern es ergab sich ja. Und da ist aber unsere Auffassung und unsere Absicht, dass wir sagen, wir haben uns ja auch umgehört, es gibt eine Menge sowohl aus polizeilicher Sicht Kritik daran und eine Menge Kritik aus wissenschaftlicher Sicht. Und wir wollen, dass von Anfang an klar wird, dass diese Kritik einbezogen werden kann. Und deshalb haben wir diese Ergänzung, die anderen sind ja in einem ähnlichen Tonfall von uns gehalten, wie gesagt, wir haben dann noch ein paar Personen vorgeschlagen, ist auch nicht abschließend und so weiter, aber das ist unser Anliegen und wir wollen, dass dieses Anliegen heute von

den anderen Fraktionen akzeptiert wird. Das ist von uns, für uns von auch symbolischer Bedeutung.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schneider. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, ich will kurz sagen ... zu der Aufteilung des Fahrplans hier nicht die Dinge wiederholen, die Frau Friederichs auch schon gesagt hat. Ich möchte an einer anderen Stelle ansetzen. Wir sind ja nicht die einzigen, nicht nur in dieser Stadt, sondern eigentlich in der Republik, die eine Nachbereitung des G20-Gipfels hier in Hamburg machen, und die sich sozusagen mit ... aus politischer Sicht, aus wissenschaftlicher Sicht, aber auch innerhalb der Sicherheitsbehörden aus fachlicher Sicht mit der Situation, die wir nach dem Gipfel in der Stadt hatten, also als Ergebnis des Gipfels hatten, und damit meine ich nicht die inhaltlichen Gesprächsergebnisse, sondern die Ergebnisse, die vor allem die Stadt berührt haben, auseinandersetzen. Und das macht unsere Arbeit nicht leichter, auf der einen Seite. Aber eben auf der anderen Seite können wir aber diese umfangreichen Recherchen, die von anderen Institutionen und von anderen Stellen auch durchgeführt werden, durchaus für uns nutzen, meine ich. Und der Fahrplan stellt sozusagen das Gerüst dafür dar, um auch ausreichend offen dafür zu sein, bestimmte Erkenntnisse, bestimmte neue Punkte, die sich ergeben, auch mit aufzunehmen, kritische wie sachliche, rein faktische oder eben, weiß ich, politische Bewertungen. Das soll dieser Fahrplan ausdrücken, weil ich der Meinung bin, dass wir die Unruhe, die Besorgnis, aber auch den sehr zugespitzten politischen Streit um Symbole, also um zum Beispiel die Flora, nur etwas entgegengesetzt bekommen durch eine transparente Aufklärung hier im Ausschuss. Das machen wir. Wir werden öffentlich tagen, wir werden ein Wortprotokoll haben, wir werden einen Livestream haben, aber auch, wenn wir selber in unserem Fahrplan und in unserem Aufklärungsansatz offen dafür sind, noch zuzuhören, was andere schon entwickelt haben, was andere als Fazit aus den Vorkommnissen gezogen haben. Das gilt auch für ...

(Vorsitzender: Pst!)

... alle Bereiche. Ja, manchmal ist das länglich, was man so vorab sagt. Danke schön.

Das gilt für den Bereich der sachlichen Aufklärung, den wir ja uns ja zuerst anhören wollen, genauso wie für die wissenschaftliche, kritische oder positive Bewertung zum Beispiel des Sicherheitskonzeptes. Und ich sehe den Raum, den wir in diesem Fahrplan geschaffen haben, als einen sehr großen an und ich glaube, es macht Sinn, in einem Verfahren unter den Obleuten wahrscheinlich am besten dazu zu kommen, hier im Ausschuss immer wieder auch die Vorbereitung der nächsten Sitzung so zu machen, dass wir dann darüber reden, welche Fraktion möchte noch wen für die nächste Sitzung vorschlagen, wer möchte die Fragestellungen noch konkretisieren und erweitern. Und in diesem Sinne wird auch der Umgang mit dem Antrag der LINKEN aus unserer Sicht der sinnhafteste sein, weil, jetzt weitere Dinge hineinzustimmen, ist sozusagen schlicht nicht nötig, weil, der Antrag ist ja das, wenn man sich den Fahrplan anguckt, dann steht da ja in der Regel "unter anderem" oder "zum Beispiel" oder Ähnliches. Und so ist es auch gemeint, sodass das offen ist auch für andere Themen. Wir haben ja selber jetzt auch schon Ergänzungen, wenn ich das einmal so sagen darf, aber zu späteren Punkten. Und die müssen hier noch nicht besprochen werden.

Was ich tatsächlich aber noch auch wichtig finde, ist, dass wir mithilfe der Akten und der Videos, anderer Dateien, Protokolle, Berichte und so weiter, auch nicht nur von den Hamburgischen Behörden, sondern eben auch von der Bundesebene die entsprechende Unterstützung bekommen, weil, wir können nur so gut sein in unserer Aufklärung, wie das uns vorgelegte Material uns auch befähigt zu sein. Und da steckt, glaube ich, auch noch ein Berg Arbeit drin, natürlich auch ein Berg Arbeit, das dann durchzuarbeiten. Und trotzdem hoffe ich, dass wir so erst einmal auf einen guten Weg kommen können, wenn das dann alles so zu-

sammengreift und wir tatsächlich mithilfe der Aktenvorlage und mithilfe der entsprechenden Expertinnen und Experten und Auskunftspersonen auch endlich einsteigen können.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Der eine Punkt, der mir wichtig war, ist schon erwähnt worden, dass es bei den Personen, die hier in dem Fahrplan drinstehen, wirklich um Beispiele handelt und dass das flexibel gehand...werden wird und keinerlei Festlegung beinhaltet, das ist auch für uns wichtig gewesen. Der zweite Punkt, Frau Schneider, zu dem, was Sie gesagt haben, zu dem Punkt c) "Welches Einsatzkonzept ergab sich aus den äußeren Rahmenbedingungen", nach meinem Verständnis beinhaltet dieser Punkt durchaus auch die Alternativen, so würde ich das verstehen. Das müsste ich nicht noch einmal betonen, sondern das ist für mich eigentlich selbsterklärend. Danke.

(Abg. Christiane Schneider: Ja!)

Vorsitzender: Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, der Begriff Wahrheitspflicht ist ja gerade rauf und runter dekliniert worden. Aber es lässt sich einfach nicht hinwegdiskutieren, dass bei einem PUA die Staatsanwaltschaft von Amts wegen tätig würde, wenn die Unwahrheit gesagt werden sollte. Hier in dem Sonderausschuss ist es so, dass wir uns zunächst einmal darüber einig werden müssen, ob die Unwahrheit gesagt wird oder nicht. Also Wahrheitspflicht ist wirklich ein dehnbarer Begriff. Auch aus diesem Grund noch einmal der Hinweis, ein PUA wäre angemessener gewesen. In der damaligen Sondersitzung des Innenausschusses ist ja eine ganze Menge gesagt worden. Es gibt ja ein Wortprotokoll, das ist ja fast 100 Seiten lang. Die Frage ist natürlich, ob all das, was seinerzeit untersucht und dargelegt worden ist, was damals gefragt worden ist, ob auch das heute noch einmal wieder hier gefragt werden darf, muss oder soll. Damit würden wir natürlich ...

(Unruhe)

... Entschuldigung, es hat mir grad keiner zugehört.

(Zuruf: Ja, Sie haben Recht, also Entschuldigung.)

Damit würden wir natürlich das Verfahren hier sehr verzögern, wenn all das, was damals gefragt worden ist, damals war ich ja der einzige Oppositionsabgeordnete, der bei dem Schweigen von CDU und FDP gefragt hat, wenn das heute noch einmal wieder auf die Tagesordnung käme. Also das, denke ich, sollten wir vielleicht verhindern. Im Übrigen, Herr Gladiator, die polizeiliche Darstellung seinerzeit, die war nicht zu langatmig, da muss ich Ihnen wirklich widersprechen, sondern es gehört eigentlich zum handwerklichen Rüstzeug der Polizei, dass derartige, über vier, fünf Tage währende Einsätze minutiös nachbereitet werden. Dann sollte man hier nicht sagen, die Polizei hat zu langatmig geantwortet und deswegen hat man damals keine Fragen gestellt.

Meine Frage noch einmal an den Ausschuss, an die vier Fraktionen... oder an die vier Fraktionen, die sich hier vereinbart haben, es mag vielleicht Zusammenhänge geben, die so prima facie außerhalb gewisser Wahrscheinlichkeiten liegen oder die ziemlich weit vom Thema entfernt sind, vielleicht weit entfernt sind. Wir hatten gerade gesagt, bestimmte Dinge werden nicht exkludiert. Wir sehen zum Beispiel auch eine gewisse gesellschaftliche Mitverantwortung für diese Krawalle. Was passiert eigentlich in unseren Schulen, wie werden dort diese Verhältnisse, diese Krawalle nachbereitet. Wie wird vorher, in welchem Unterrichtsfach auch immer, ich sage einmal, auf die gesellschaftlichen Konsequenzen derartigen Verhaltens hingewiesen? Passiert das überhaupt? Ich kann mich daran erinnern, dass wir im Jahre 2003, damals war ich ja auch in der Bürgerschaft, eine Demonstration von Schülern hatten, Herr

Lenders wird das noch wissen, da ist von den Schülern mit ziemlich großen Pflastersteinen auf die Polizei geworfen worden. Das zeigt doch, dass hier irgendwo etwas in diesem Bereich schief läuft. Und ich denke, wir sollten auch das zum Thema machen. Ich weiß jetzt nicht, ob Sie das exkludieren wollen oder ob das auch mit in diesen Bereich fällt. Ich möchte es nur rechtzeitig ansprechen, um nachher nicht dastehen ... mir sozusagen eine Absage einholen.

Uns kommt es weitestgehend auch darauf an, die linksextremistischen Strukturen in dieser Stadt hinreichend zu beleuchten, auszuleuchten. Und wir hatten vorhin gesagt, auch der Bürgermeister wird hier vor diesem Ausschuss erscheinen. Wir werden nicht nur den polizeilichen Einsatz nachbereiten, nicht nur das nachbereiten, was im Vorfeld dieser Auseinandersetzungen passiert ist, sondern wir werden auch beleuchten, was hier in Zukunft passieren soll. Da kann es dann natürlich sein, dass der Bürgermeister sagt, was in Zukunft passieren soll, weiß ich vielleicht auch noch nicht, oder aber, ich möchte mich durch einen Parlamentsausschuss nicht festlegen lassen ... nicht festlegen lassen, wie ich in Zukunft reagiere, wie ich beispielsweise aus gewissen politischen Opportunitäten heraus mit der Flora umgehe. Da, denke ich, sollten wir uns hier einig sein, dass wir den Bürgermeister oder den Senat nicht mit derartigen vagen Formulierungen aus der Verantwortung entlassen und wirklich darauf dringen, hier Klartext zu reden und zu sagen, was wird dort weiter passieren. Wenn wir uns darüber auch einig sind und wenn das in Zukunft nicht hinwegdiskutiert und -argumentiert wird, bin ich gerne mit diesem Fahrplan einverstanden.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Nockemann. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ich würde da gerne direkt drauf eingehen. Herr Nockemann, wir haben in unseren Fahrplanantrag direkt reingeschrieben, dass wir auf bisherige parlamentarische Erkenntnisse eben das Protokoll zur Sondersitzung des Innenausschusses ... dass wir uns das zu eigen machen und dass wir das mitnehmen in diesen Sonderausschuss. Das heißt, das wird natürlich nicht noch einmal berichtet werden. Das haben auch wir uns gesagt, dass diese Erkenntnisse schon da sind und wir darauf aufbauend eben von Senatsseite und et cetera zu den Geschehnissen hören werden und auch Fragen stellen können natürlich, weitergehende.

Und zu dem Zweiten, was Sie gesagt haben, was für Konsequenzen eventuell noch folgen könnten in bestimmten Bereichen, da muss ich sagen, da würde ich einfach noch einmal die Phase 3 unseres Ausschusses abwarten, weil, das ist ja genau das, was wir dort uns anschauen wollen, was ist geschehen und wie können wir in bestimmten Bereichen handeln. Also insofern würde ich da jetzt wirklich zu keinen Schnellschüssen raten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt an dieser Stelle nicht. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also ich will ausdrücklich beantragen, dass unser Antrag abgestimmt wird.

Vorsitzender: Gut, es gab den Hinweis, dass es ansonsten vertagt werden soll. Der müsste zuerst abgestimmt werden. Der Antrag ... es gibt den Antrag, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE über Änderungen des Fahrplans vertagt wird. Wer möchte diesen Antrag vertagen, den bitte ich dann um das Handzeichen. – Die Gegenprobe? – Enthaltungen. – Dann ist das ja ...

(Zuruf)

... Das war eine Gegen... das waren keine Enthaltungen, das war ...

(Zuruf: (...)) Das war noch eine Meldung.)

Ach so, okay. Dann ist das gegen die Stimmen der LINKEN so beschlossen worden.

(Zuruf: Wir sind jetzt aber in der Abstimmung (...)?)

Wir sind jetzt in der Abstimmung. Sie können jetzt noch ...

(Abg. Christiane Schneider: Kann ich danach, nach der Abstimmung.)

Na ja, Sie können jetzt ... Sie können natürlich noch etwas dazu sagen, Frau Schneider. Wir fangen ja jetzt nicht an gleich mit Formalien in der ersten Sitzung, wir haben auch noch ein bisschen Zeit. Aber ich ... mit den Formalien anzufangen. Aber wir sind jetzt in der Abstimmung über den Fahrplan, ja? Okay.

Also, dann lasse ich jetzt über den Fahrplan, der Ihnen so vorliegt, abstimmen. Wer möchte dem so zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist es einstimmig bei Enthaltungen der LINKEN so beschlossen worden. Frau Schneider.

(Redaktionelle Anmerkung: Der einstimmig bei Enthaltung der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE beschlossene Fahrplanantrag der Abgeordneten von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP liegt diesem Protokoll als Anlage 1 bei. Der mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE vertagte Zusatzantrag der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE ist diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.)

Abg. Christiane Schneider: Also ich will das kurz begründen. Ich hatte ja gesagt, dass uns das wichtig ist, dass wir das auch für, wie soll ich einmal sagen, für eine gewisse, kleine Weichenstellung halten. Wir hätten dem Fahrplan zugestimmt mit unseren Ergänzungsanträgen, aber wir haben uns enthalten, weil wir den Willen nicht erkennen, tatsächlich dieses Anliegen, was wir haben, aufzugreifen.

Vorsitzender: Also ich hatte aus den Wortmeldungen schon entnommen, dass die Anregungen zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden und dann ... vielleicht können wir Sie dann noch eines Besseren überzeugen, indem wir diese Anregungen dann aufnehmen werden und dann ... eine Enthaltung ist ja auch in Ordnung.

So, dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt b). Ach so, ja, wir wollten noch, das ist richtig, ja, Frau Friederichs gibt mir gerade den Hinweis, dass wir jetzt, wo wir den Fahrplan beschlossen haben, natürlich uns schon einmal Gedanken über die Tagesordnung der nächsten Sitzung machen müssen. Mein Vorschlag ist es, wir, wenn wir den Fahrplan uns ansehen, im Prinzip bis zum Punkt auf Seite 3, was wurde von wem wann wem gegenüber kommuniziert, beim nächsten Mal diese Punkte auf die Tagesordnung setzen und dass sich die Obleute noch einmal ins Benehmen setzen darüber, welche Personen, abgesehen – Entschuldigung – von Senatsvertretern, zu laden wären.

(Zuruf)

Das ist ein Verfahrensvorschlag.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Ja.

(Zuruf: Einschließlich?)

Einschließlich, ja. Und dass die Details bezüglich der Personen noch einmal unter den Obleuten abgestimmt werden, einvernehmlich dann.

Frau Bai, bitte?

Frauke Bai: Wollen Sie dann heute auch gleich die Anhörung nach § 58 Absatz 2 GO beschließen?

Vorsitzender: Wenn das notwendig ist, machen wir das, ja. Ja, dann machen wir das so, dann haben wir damit keine Schwierigkeit. Dann beschließen wir eine entsprechende Anhörung gemäß des eben beschlossenen Fahrplans bis zu dem Punkt: "Was wurde von wem wann wem gegenüber kommuniziert (intern/extern)", Fragezeichen. Das ist jetzt ein formaler Akt. Wer möchte das so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen. – Einstimmig so beschlossen. Alles Weitere besprechen die Obleute untereinander noch einmal en détail.

b) Ortsbesichtigung Rote Flora

So, jetzt kommen wir aber zum Tagesordnungspunkt 2 b), Antrag zur Ortsbesichtigung Rote Flora, so steht es hier drauf. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist der Fall. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ich möchte diesen Antrag gerne begründen. Wir wissen, dass die Rote Flora während der Geschehnisse um den G20 eine führende Kommunikations- und Rückzugsrolle, vielleicht sogar eine führende Organisationsrolle eingenommen hat. Wir halten es für dringend erforderlich, dass sich die Mitglieder dieses Ausschusses während eines Ortstermins in der Roten Flora über die dortigen Verhältnisse sachkundig machen, und zwar nicht nur in bestimmten Räumlichkeiten dort, ich würde mich nur ungerne auf irgendetwas verweisen lassen, was mir da gerade von Rotfloristen freigegeben wird an Räumlichkeiten, sondern wenn, dann würde sich der Ortstermin natürlich auf das gesamte Grundstück, auf das gesamte Gebäude erstrecken.

Ich halte das deswegen für erforderlich, um auch deutlich zu machen, dass sich der Rechtsstaat hier nicht vorführen lässt, sondern an die Quelle der Gewalt geht, sich dort auch vor Ort umschaute, vielleicht von mir aus auch mit irgendwelchen Verantwortlichen in der Flora, so es sie denn überhaupt geben sollte, zusammensetzt und dort die Ereignisse Revue passieren lässt. Ich möchte mich nicht darauf verweisen lassen, dass wir uns irgendwo dort im Kiez mit Nachbarschaften auseinandersetzen beziehungsweise dort eine Anhörung machen, sondern ich möchte, wie gesagt, direkt an die Quelle der Gewalt gehen und ich sehe das auch als ein Symbol an, der Rechtsstaat lässt sich hier nicht dauerhaft auf der Nase herumtanzen. Und auch, um zu erfahren, wie man vielleicht zukünftig dort die Verhältnisse gestalten könnte. Fängt ja an bei Räumung der Flora, geht ja weiter über irgendwelche Vorstellungen, die so bei Rot-Grün im Moment in der Überlegung sind, wir machen dort ein nach allen Seiten offenes Kommunikationszentrum, so etwas kann ich nur dann eruieren, wenn ich wirklich einmal dort vor Ort bin. Ich weiß ja, wie so was dann aussehen könnte bei einem allseits offenen Kommunikationszentrum. Jeder aus dem linken Bereich darf dort rein, konservative Kräfte sind ausgeschlossen. Und gerade das möchte ich gerne verhindern, indem ich deutlich mache, bereits bei einem Ortstermin sind wir zum Beispiel nicht ausgeschlossen und die Bürgerschaft beziehungsweise dieser Ausschuss hat auch den Mut, wirklich Konsequenz zu zeigen.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, sowohl die Rolle des Linksextremismus die politische Verharmlosung dieser Stadt erlebt haben als auch die besondere Rolle der Roten Flora ist ganz entscheidend. Deshalb war es uns auch wichtig, diese explizit in den Fahrplan mit aufzunehmen. Da müssen und ... wollen und müssen wir uns intensiv mit beschäftigen, eben nicht nur, um aufzuklären, was war deren Anteil, sondern zu untermauern, dass es nicht ohne Konsequenzen bleiben kann, denn wir leben ja neben der Forderung, die wir ja auch per

Antrag ins Parlament eingebracht haben, dass es so nicht weitergehen kann, dass die Rote Flora Monat für Monat vom Staat auch noch unterstützt wird, haben wir erlebt, dass außer einmalig markigen Worten in der Bürgerschaft des Ersten Bürgermeisters nichts passiert ist. Im Gegenteil, es wird ja wieder relativiert, wenn man das A-Team in der Presse gelesen hat. Das erinnert dann eher an einen Stuhlkreis als dass man sich mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzt. Insofern wird das eine ganz zentrale Rolle spielen, mit der wir uns beschäftigen müssen, und die Hinweise für Konsequenzen sind ja mehr als auf der Hand liegend, wenn man das, was selbst aus der Roten Flora verkündet wurde, nur ernst nimmt. Da müssen wir ja gar nicht tief graben, da kann man einfach die Aussagen derer, die sich für die Rote Flora öffentlich äußern, zur Kenntnis nehmen. Das betrifft sowohl den Schwarzen Block, den europäisch oder europaweit größten Schwarzen Block, den man organisiert hat, auf den man stolz war, mit dem man eine Demo angemeldet hat, aber auch das, was wir nach den widerlichen Ausschreitungen am Freitag erlebt haben, wo Vertreter sich hingestellt haben und diese Gewalt in der Form begrüßt haben. Sie fanden allerdings nur, es war am falschen Ort, da kann man nicht drüber ... am falschen Ort, weil es bei ihnen war und nicht bei anderen. Insofern, da kann man nicht drüber hinweggehen, das ist Bestandteil dieses Papiers, unserer Arbeit, die wir hier aufnehmen werden. Wir werden ja auch uns vor Ort als Ausschuss mit den Anwohnern in Dialog begeben.

Und ich finde es vollkommen richtig und dafür braucht es auch gar keinen Antrag, dass ein öffentliches Gebäude, das der Stadt gehört, das öffentlich gefördert wird, für Abgeordnete zugänglich sein muss. Das haben wir an vielen anderen Stellen, sodass wir auch es gar nicht für nicht nur natürlich halten, dass das möglich sein muss, wir wollen es tatsächlich auch. Natürlich muss man sich in die Rote Flora begeben, sich dort anschauen können. Das wird sich im weiteren Verlauf ergeben. Insofern halte ich heute einen Antrag und, Herr Nockemann, Sie haben das ja auch medial als Ihre Form der Provokation und Ihren Beitrag zu diesem Ausschuss verkauft, das ist für uns dann wahrlich zu dünn. Das kann im Verlauf an geeigneter Stelle aufgerufen werden und das werden wir dann auch tun wollen. Wir würden heute an dieser Stelle dem Antrag aber nicht zustimmen, was nicht heißt, dass das nicht ganz zentral stattfinden wird.

Vorsitzender: Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, meine Damen und Herren, Herr Nockemann, wir haben uns im Fahrplan dafür entschieden, erst einmal eine öffentliche Anhörung in der Schanze zu machen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, die Gespräche, die wir jetzt schon führen, auch mit dem Sonderausschuss vor Ort weiterzuführen, Vertrauen wieder aufzubauen und nicht gleich das, was eventuell unter Konsequenzen besprochen werden kann, hier vorwegzunehmen. Ich glaube, wir hatten eben alle gesagt, dass wir erst einmal den ganzen Sachverhalt aufklären wollen, bevor wir zu irgendwelchen Schlussfolgerungen kommen wollen oder zu uns ... Wir sollten uns nicht zu irgendwas verleiten lassen, insofern bleiben wir bei der öffentlichen Anhörung und werden dem Antrag so nicht zustimmen.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja. Also, zum einen ist mir wichtig zu betonen, dass so weit ich das verstanden habe, dieser Sonderausschuss nicht heißt Sonderausschuss Rote Flora, sondern hier geht es um den gesamten Bereich G20 – davor, während der Tage und danach. Insofern würde ich doch sehr dafür plädieren, dass wir uns wirklich einmal mit der Aufarbeitung dieser verschiedenen Komplexe beschäftigen, damit beginnen und hier nicht irgendwelche PR-Aktionen machen, die gar keinen Sinn machen an dieser Stelle ehrlich gesagt. Die Rote Flora kommt an irgendeiner Stelle vor, aber eine Fokussierung bei diesem Ganzen, was da passiert ist, auf die Rote Flora, dafür gibt es auch für mich überhaupt keinen

Anlass und würde uns nur davon abbringen, andere Dinge, um die es wirklich geht aufzudecken. Insofern werden wir dagegen stimmen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich kann mich Herrn Jarchow anschließen. Wir haben uns nicht zur Aufgabe gemacht, hier Gebäude – eins oder mehrere – zu besichtigen. Wir wollen Strukturen hinterfragen. Wir wollen Vorgänge aufklären. Wir wollen verstehen, was in dieser Stadt passiert ist. Wir wollen auch verstehen, was schiefgelaufen ist. Und selbstverständlich wollen wir auch Verantwortlichkeiten klären. Und soweit die von strafrechtlicher Relevanz sind möglicherweise, und es möglicherweise zu Erkenntnissen bei der Arbeit der Soko zum Beispiel kommt, dass Akteure aus der Flora oder im Umfeld der Flora, konkret sozusagen da auch zu belangen sind, dann ist das sozusagen Aufgabe der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Aber eine Begehung oder – Sie haben das ja noch so schön plastisch beschrieben, was Sie sich da denn so vorstellen, da können wir ja auch alle folgen so gedanklich, wie Sie sich das so vorstellen, wenn man da dann so durchgeht als Ausschuss – da sehen wir tatsächlich überhaupt keinen Sinn drin. Das ist eine der hübschen Ideen, die die AfD einmal hat, aber kein inhaltlicher Beitrag, um hier in der Aufklärung der Vorgänge voranzukommen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, Frau Friederichs sagte, wir müssten Vertrauen wieder aufbauen und ein Ortstermin in der Roten Flora würde dem dann wahrscheinlich entgegenstehen. Also, das verwundert mich schon sehr. Das ist wirklich etwas sehr verquer. Wir müssen Vertrauen bei den Bürgern wieder aufbauen und die Bürger müssen sehen, dass sich dieser Ausschuss auch durchsetzt. Und dazu gehört eben auch, dass der Eigentümer dieser Roten Flora, dass der sich dort jederzeit, zu jeder Tages- und Nachtzeit und mit jeder Besetzung dort sehen lassen kann, dort auch einen Ortstermin machen kann. Ich weiß nicht, was das an Vertrauen verspielt. Und, Herr Gladiator, mit derselben Argumentation, weise ich das zurück, was Sie gerade gesagt haben, das ist mitnichten eine Provokation, ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit. Sie hatten ja auch eben selbst ausgeführt, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man da hinein kann, deswegen würden Sie unseren Antrag gar nicht verstehen. Aber wenn es denn eine Selbstverständlichkeit ist, dann kann es doch wohl keine Provokation sein.

Vorsitzender: Dann sind wir mit den Redebeiträgen am Ende. Dann lasse ich abstimmen über den Antrag. Wer möchte dem Antrag zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe. Enthaltungen? Dann ist es bei Enthaltung der CDU gegen die Stimmen der AfD so beschlossen worden.

(Redaktionelle Anmerkung: Der mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, GRÜNEN, FDP und der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimme des AfD-Abgeordneten bei Enthaltung der CDU-Abgeordnete abgelehnte Antrag des AfD-Abgeordneten ist diesem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.)

Und dann kommen wir zum nächsten Antrag. Tagesordnungspunkt 2 c, Aktenvorlageersuchen gemäß Artikel 30 Hamburger Verfassungsgegenstand der Selbstbefassung in Top 1. Wird dazu das Wort gewünscht? Frau Friederichs, bitte.

c) Aktenvorlageersuchen gemäß Artikel 30 Hamburgische Verfassung zum Gegenstand der Selbstbefassung in TOP 1

Abg. Martina Friederichs: Ja, meine Damen und Herren, wir haben uns das zum Ziel gesetzt, die Vorgänge um den G20-Gipfel lückenlos aufzuklären. Und eine Grundlage dafür sind natürlich die Akten, die wir uns im Vorwege oder während des Ausschusses anschauen

müssen, um bestimmte Erkenntnisse zu erlangen. Papierakten, E-Mails, Video-, Audiodateien, Lageerkennnisse, das sind alles Dinge, die wir benötigen, um die ganzen Zusammenhänge zu verstehen und auch unsere Schlüsse daraus ziehen zu können, was wir in Zukunft verändern möchten. Und ich glaube, das ist auch ein großer Schritt, dass wir hier auch für alle die, die sich einen PUA gewünscht hätten, die hier auch sehen können, dass wir genauso im Sonderausschuss uns die Akten vorlegen lassen und ein großes Aufklärungsinteresse haben und ganz schnell die Akten vor dem nächsten Ausschuss auch schon sehen möchten, möglichst bis zum 15. September 2017 beziehungsweise 30. September 2017. Das ist sehr sportlich, das wissen wir auch, nichtsdestotrotz möchten wir als Sonderausschuss schnellstmöglich zum Arbeiten kommen und ich bitte da um Zustimmung für den Antrag.

Vorsitzender: Herr Krösser.

Staatsrat Bernd Krösser: Ich möchte noch einmal betonen, dass es, glaube ich, ein großes gemeinsames Interesse gibt, noch einmal zu klären, wie die Dinge hier in Hamburg eigentlich abgelaufen sind, die Hintergründe vielleicht noch einmal detaillierter auszuleuchten, Zusammenhänge zu klären. Und wir begrüßen es auch außerordentlich, dass man in dem Sonderausschuss sicherlich auch die Möglichkeit haben wird, noch einmal das ein oder andere darzustellen, wie es aus Sicht der Polizeibehörden insbesondere zu verstehen ist. Ob man das dann richtig oder falsch findet, ist dann die Bewertung des Ausschusses. Insofern unterstützen wir selbstverständlich auch das Anliegen des Ausschusses, umfangreiche Akten zu erhalten aus dem gesamten Bereich. Wir unternehmen auch sehr große Anstrengungen, um den Zeitplan, der dem Aktenvorlageersuchen im Moment zugrunde liegt, zu erfüllen. Allein in der Polizei sind rund 80 Polizeivollzugsbeamte damit beschäftigt, diese Akten zusammenzustellen, um sie dem Ausschuss dann zeitgerecht zur Verfügung stellen zu können. Das wird eben nur andauern, bis wir das Aktenvorlageersuchen abgearbeitet haben. Ich bitte dennoch um Verständnis dafür, dass es sein kann, dass wir nicht alle Akten termingerecht vorgelegt bekommen. Es war ein sehr großer Einsatz, ein sehr komplexer Einsatz gewesen, bei dem auch über eine lange Zeit Papier entstanden ist. Sie können sich vorstellen, dass es entsprechend auch einen hohen Aufwand bedeutet, daraus entsprechende Vorlagen für den Ausschuss zu machen. Wenn es uns nicht ganz gelingt, dann werden wir selbstverständlich alles nachliefern. Es geht nicht darum, dass Sie irgendetwas nicht bekommen von uns, es kann nur sein, dass wir es nicht bis zu diesen gesetzten Terminen zuliefern können. Ich bitte, das dann nicht als Ausdruck mangelnder Unterstützung des Ausschusses zu verstehen oder mangelnden Willens an der Aufklärung mitzuwirken, das ist dann tatsächlich dem sehr hohen Aufwand geschuldet. Und alle, die schon einmal im PUA mitgearbeitet haben oder Ähnliches wissen auch, dass Aktenvorlagezeiten normalerweise etwas langfristiger sind und von daher etwas mehr Möglichkeiten bieten, das aufzuarbeiten. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Krösser. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, neben der Tatsache, dass die Unterlagen Voraussetzung für die Arbeit hier sind und wir deshalb die wichtigen Unterlagen, die relevant sind, hier auch in dieses Papier haben einfließen lassen, war uns ein anderer Punkt wichtig, dass auch, wenn uns in der weiteren Erarbeitung Dinge auffallen, wo es noch Unterlagen, ob es auch E-Mail-Verkehr, Protokolle, Videomitschnitte sind, die nicht vorgelegt worden sind, oder man sich mit anderen Fraktionen auch nicht einig wird, ob es die Relevanz hat – es gibt ja unterschiedliche Bewertungen in der Frage, wie relevant es für G20 ist –, hier noch einmal festgehalten zu haben, auch das als Minderheitenrecht entsprechend der Aktenvorlage hier von uns vorgenommen werden kann, auch das noch einmal zu betonen. Das ist der eine Punkt.

Und der zweite Punkt, der uns wichtig war, dass wir natürlich so schnell wie möglich damit anfangen. Und es gibt in vollem Anerkenntnis, dass das aufwendig ist und auch Kraft kostet,

auf der anderen Seite haben wir uns gleichermaßen die Aufgabe gestellt, in einem sehr kurzfristigen Rhythmus zu tagen. Insofern würde es uns wenig bringen, wenn wir Ende, ich übertreibe, Ende des Jahres die Unterlagen bekommen. Darum haben wir ja gesagt, das, was verfügbar ist, und das ist das Wichtige – die ganzen Lageberichte, die Sicherheitseinschätzung, die es im Vorfeld gab, den Rahmenbefehl, die Allgemeinverfügung und was es alles gibt, das liegt ja vor, das muss ja auch nicht aufbereitet werden –, dass wir diese quasi sofort nach der Beschlussfassung heute bekommen, um damit anfangen zu können. Es gibt Weiteres, was wahrscheinlich relativ schnell aufgearbeitet ist, das auch möglichst schnell zu bekommen, dass aber der 30. September 2017 ein ernst zu nehmendes Datum ist, um uns die Unterlagen vorzulegen. Wenn dann im weiteren Verlauf es kleine Überschreitungen gibt, wird man sicherlich da jetzt nicht gleich den Skandal daraus machen, weil der Aufwand groß ist. Uns ist wichtig, dass wir die Unterlagen, die es verfügbar gibt, die auch im Vorfeld des Gipfels – und damit fangen wir an in unserer Arbeit – auch vorlagen, die ganzen Lageberichte, dass diese uns aber auch sofort zur Verfügung gestellt werden. Alles Weitere wird ja auch in Etappen uns dann bewegen, wenn wir über die Umsetzung auch des Sicherheitskonzeptes reden. Auch das Sicherheitskonzept liegt ja vor, wäre komisch, wenn nicht. Das wird uns ja nach heute, dem Beschluss, umgehend zugeleitet werden können.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ja, so, wie das hier aufgeführt wird, können wir dem Aktenvorlageersuchen zustimmen. Ich habe allerdings einen Vorschlag. Und zwar steht ja sämtliche – gleich in der ersten Zeile – sämtliche Aktenvorgänge und so weiter. Jetzt weiß unsereiner ja gar nicht, was Sämtliche sind. Also, Sämtliche, es könnte ja sein, dass nach einem halben Jahr festgestellt wird, wir haben zwar ganz viele, aber nicht Sämtliche. Deswegen würde ich bitten um eine Liste der Unterlagen, die das Sämtliche umfasst.

(Zuruf)

Ja, das ist ja ein echtes Problem. Ich meine, Sie können nicht beurteilen, was Sämtliche sind und ich kann das auch nicht beurteilen. Also das wäre ein Vorschlag, dass wir so eine Liste haben und damit klar ist, was Sämtliche umfasst.

Und zweitens habe ich einfach eine Nachfrage, da fehlt mir jetzt ein bisschen die Fantasie. Da fehlt mir ein bisschen die Fantasie. Da steht ja in der Mitte, was da beschlossen werden soll: Unterlagen zu Einsatzkonzepten der Sicherheitsbehörden sind nur so weit umfasst, wie sie singuläre Einsatzsituationen beim G20-Gipfel betreffen. Ich weiß jetzt nicht, was da jetzt gerade nicht umfasst ist. Also könnte das einmal kurz erläutert werden?

Vorsitzender: Dann würde ich gleich einmal Herrn Krösner bitten, etwas dazu zu sagen. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, geht es darum, dass abstrakte, generell geltende, was weiß ich, Antiterrorereinsatzpläne nicht vorgelegt werden, weil die der Geheimhaltung unterliegen. Und dann würde ich Herrn Krösner dann bitten, es gibt doch einen Aktenplan, der vorgelegt wird, sobald dann die Aktenvorlage abgeschlossen ist, aus der Sicht dann eine Übersicht ersehen lässt, welche Akten überhaupt vorgelegt worden sind. Richtig?

Staatsrat Bernd Krösner: Also, das ist richtig. Das ist ja der Gegenstand eines Aktenvorlageersuchens, dass es ein Aktenverzeichnis gibt, aus dem man ersehen kann, zu welchen Themen und zu welchen Inhalten Akten vorgelegt werden. Wenn dem Ausschuss dann an der einen oder anderen Stelle etwas auffällt, von dem er meint, da müsste doch eigentlich noch etwas da sein, bitten wir einfach um einen Hinweis, dann werden wir das entweder aufklären oder gucken, ob wir da noch irgendwelche Unterlagen haben. Also, da haben wir jetzt nicht irgendetwas, was wir nicht rausgeben wollen oder so.

Ansonsten geht es immer darum, dass wir eben bestimmte Maßnahmen haben, einsatztaktische Maßnahmen haben, die dem Geheimschutz unterliegen, wie ein Antiterrorkonzept beispielsweise. Das können wir dann, denke ich, nachvollziehbar nicht rausgeben. Ansonsten, Frau Schneider, fühlen sich die Senatsvertreter ja auch stets zur Wahrheit in jedem Ausschuss der Bürgerschaft verpflichtet und haben dann auch immer den Anspruch, auch den Anliegen des Ausschusses gerecht zu werden.

Vorsitzender: Frau Schneider, die Fragen damit geklärt, die Sie hatten?

(Abg. Christiane Schneider: Ja.)

Ja. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. Wir werden dem Antrag auch zustimmen. Ich möchte in dem Zusammenhang gern auch verweisen auf die Diskussion, die wir vorhin hatten zur Tagesordnung, und sehe da schon einen Zusammenhang. Wir sollten nur das auf die Tagesordnung nehmen, wo uns auch die entsprechenden Unterlagen vorliegen. Das heißt, nicht mehr auf die Tagesordnung nehmen, als wir dann auch an Unterlagen vorliegen haben. Darauf legen wir Wert.

Vorsitzender: Ja, müssen wir dann klären, wenn wir die Akten haben. Ja, klar.

(Zuruf)

Ja, ja. Herr Krösser dazu.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, nur damit ... Ich weiß jetzt nicht, ob irgendein Missverständnis eben aufgetreten ist.

(Zuruf: Lauter.)

Ob irgendein Missverständnis eben aufgetreten ist. Sie werden ... Es gibt ja einmal den Termin 15. September 2017. Zum 15. September 2017 wird dem Ausschuss was vorgelegt werden, ich kann nur eben nicht garantieren, dass das den gesamten Aktenbestand aus der Vorbereitungsphase dann umfassen wird. So. Damit da dann keine Irritationen auftreten und Sie nicht sagen, das hätte man uns aber vorher sagen müssen, war es mir ein Anliegen, das gleich ganz offen zu benennen. Und auch zum 30. September 2017 werden dem Ausschuss selbstverständlich dann Akten aus dem gesamten Einsatzkomplex vorgelegt werden. Aber auch da kann ich Ihnen eben zum heutigen Zeitpunkt nicht garantieren, dass das dann vollumfänglich sein wird, sondern es kann sein, dass wir dann auch noch Nachlieferungen vornehmen müssen. Und auch da bitte ich einfach nur um das Verständnis, dass das halt ein extrem umfangreicher Aktenbestand ist, den wir da einmal durchsehen müssen.

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Kann ich dazu was sagen?)

Vorsitzender: Ja, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Herr Krösser, das bezog sich gar nicht direkt auf Sie. Was Sie gesagt haben, verstehe ich und habe ich gar kein Problem mit zu akzeptieren. Nur wir hatten vorhin die Diskussion, was nehmen wir eigentlich alles auf die Tagesordnung? Wie viel und was nicht? Und ich wollte nur den Hinweis geben, dass dann, wenn wir was draufnehmen, dann sollten auch die entsprechenden Unterlagen, die wir dafür brauchen uns vorliegen. Das war alles. Danke.

Vorsitzender: Gut. Müssen wir dann immer später abgleichen, wenn es eine Nachlieferung gibt. Wenn Sie eine Nachlieferung an Akten machen, dann legen Sie die irgendwo so beiseite, dass wir wissen, das sind neue Akten. Die stellen Sie nicht irgendwo ins Regal rein zwischen die anderen Akten. Okay. Gut. Dann Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Also, das ist ja im Grunde der Punkt. Wir werden ja irgendwie lernen müssen, damit zu arbeiten und dann auch vielleicht noch einmal auf Sachen zurückzukommen, wenn es nachträglich Akten gab, die noch weiterführend sind zu einem Punkt, den wir eigentlich schon beendet hatten. Das muss sich irgendwie einspielen. Das ist ... Also ...

Vorsitzender: Genau, wenn sich das ergeben sollte, dass das notwendig ist, müssen wir das machen. So, das war die letzte Wortmeldung. Dann ... Herr Nockemann, bitte.

Abg. Dirk Nockemann: Die Vorlage dieser Akten wird sich ja wahrscheinlich auch aus rein tatsächlichen Gründen ein bisschen verzögern, diese Vervielfältigung muss arbeiten und, und, und, und. Aber bereits im Vorfeld könnte man doch ein Verzeichnis dessen bereitstellen, das lässt sich ja relativ zügig machen, was alles vorgelegt wird. Das heißt, im Sinne von Frau Schneider: Was ist Sämtliches? Da gibt es keine tatsächlichen Hindernisse. Das ist sozusagen eine Aufgabe des Nachdenkens, was haben wir da für Material? Das braucht vielleicht 14 Tage und danach können wir auch unsere Tagesordnung bestimmen. Wenn ich sehe, da gibt es Akten, über die ich vorher gar nicht als Laie nachgedacht habe, wenn das dann von der Behörde kommt und wenn gezeigt wird, wir haben hier folgende Akten, die wir auch noch vorlegen können, dann würde das ja auch schon jeweils die Tagesordnung der nachfolgenden Sitzungen definieren. Also, ich würde schon dafür plädieren, dass wir im Vorfeld, bevor alle Akten vollständig vervielfältigt und verteilt sind, dass wir da einen Plan bekommen, eine Übersicht bekommen. Weil sich daraus, wie gesagt, auch neue Fragestellungen ableiten können.

(Zuruf)

Ich will keinen Aktenplan. Aktenplan ist ein verwaltungstechnischer Begriff. Ich möchte einfach wissen, welche Arten von Akten gibt es dort? Welche Arten von Vorgängen? Aus Hamburg, aus dem Bereich der Bundespolizei, aus dem Bereich der anderen Landespolizeien. Danke.

Vorsitzender: Also, wenn wir das beschließen, dann gibt es eine Frist dort und binnen dieser Frist wird ein Aktenplan vorgelegt und die Akten, die bis dahin vorliegen. Und aus dem Aktenplan können Sie ja dann schon ersehen, welche Art von Akten vorgelegt wird. Also, wenn Sie das einmal gemacht haben, es gibt ja so einen Aktenplan, da steht das alles drauf. Das kennen Sie ja selbst. Aber jetzt vor Ablauf dieser Frist, also dass wir ... Also, wenn ich das richtig verstanden habe, dass wir die Frist jetzt noch einmal verkürzen, in dem der Aktenplan schon früher vorgelegt wird, das halte ich jetzt für unrealistisch nach dem, was Herr Krösser gesagt hat. In 14 Tagen sollen die ja schon vorgelegt werden.

(Zurufe)

Herr Krösser.

Staatsrat Bernd Krösser: Ich möchte darauf hinweisen, dass es ein Aktenverzeichnis ist, das dem Ausschuss vorgelegt wird. Und das Aktenverzeichnis ergibt sich aus den vorzulegenden Unterlagen. Die müssen wir aber jetzt zusammenstellen. Also, wenn Sie uns die Frist noch verkürzen für das Aktenverzeichnis, dann wird es für uns wirklich ausgesprochen schwierig. Also, das hat nichts mit Unwillen zu tun, das hat wirklich was mit den praktischen Abläufen zu tun.

(Zurufe)

Vorsitzender: Okay. Herr Nockemann hat schon ein Zeichen gegeben, dass sich das dann für ihn jetzt erledigt hat. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Habe ich was übersehen? Nein. Dann lassen Sie uns doch über den Antrag einfach beschließen. Wer möchte dem

Antrag zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe. Enthaltungen? Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

(Redaktionelle Anmerkung: Der einstimmig beschlossene Antrag der Abgeordneten von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP ist diesem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.)

d) Antrag auf Livestream der Sonderausschusssitzungen

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2 d, Antrag auf Livestream der Sonderausschusssitzungen. Herr Nockemann, der Klassiker aus dem Justizausschuss. Ist Ihr Antrag erledigt oder nehmen Sie ihn zurück?

Abg. Dirk Nockemann: Der Antrag ist mittlerweile erledigt, da sich die vier Fraktionen ja darauf verständigt haben, den Livestream zuzulassen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank.

Dann kommen wir gleich zum Tagesordnungspunkt 3, Verschiedenes.

Zu TOP 3

Ein Hinweis von mir oder im Auftrag der Bürgerschaftskanzlei auch. Es gibt jetzt schon ein paar Zusendungen wahlweise an die Bürgerschaftskanzlei zur Weiterleitung an die Ausschussmitglieder oder an den Vorsitzenden mit der Bitte, das an die Ausschussmitglieder weiterzuleiten. Mein Vorschlag oder die Idee ist, dafür einen SharePoint über den Zuvex-Zugang einzurichten, dass man sich die dort auch angucken kann, dass nicht alles direkt per E-Mail weitergeleitet werden muss. Das funktioniert auch ab demnächst, Frau Bai? Ja. Nur, nicht alle Abgeordnete haben einen Zuvex-Zugang und deswegen noch einmal der Appell und die Bitte, ...

(Zurufe)

Doch, also jeder kann einen haben, wenn er es macht. Also, ich sage einmal so, denken Sie einmal darüber nach. Und das ist wirklich mein Appell, das zu machen und ansonsten wollen wir Ihnen keine Dokumente vorenthalten. Sie können natürlich auch eine extra E-Mail bekommen im Notfall. Solange das nicht funktioniert, wird das auch so gemacht, aber es wäre schon ganz schön, wenn wir es so handhaben könnten. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Herr Vorsitzender, ich würde mich dagegen aussprechen. Ich kenne die Arbeit mit SharePoints zur Genüge und ich weiß, dass da nicht immer alles funktioniert und manches auch verloren geht. Das kann man jetzt bestreiten, aber ich sage, in der Praxis ist das so. Ich würde Wert darauf legen, dass ich jedes Mal eine E-Mail mit Anhängen bekomme, dann weiß ich auch immer, wann was gerade neu eingegangen ist. Das würde ich hier jetzt wirklich beantragen. Das halte ich für sinnvoller.

(Zuruf)

Vorsitzender: Also, Herr Nockemann. Sie kriegen eine E-Mail von der Bürgerschaftskanzlei, wenn Sachen an mich weitergeleitet werden oder an die Bürgerschaftskanzlei. Kommen Sie aber nicht um die Ecke und sagen, das ist jetzt zu viel Mailverkehr, den Sie da bekommen. Also.

(Zuruf: 1 000 Terrabyte (...))

Ja, wir besprechen das noch einmal. Solange nicht alle einen Zuvex-Zugang haben oder so, dann machen wir das erst einmal ganz klassisch erst einmal so weiter. Aber, ich sage Ihnen, Sie werden sich noch nach dem Zuvex-Zugang sehnen.

Gut. So. Einen Augenblick. Jetzt blicke ich noch einmal selbst rein, auf die Hinweise der Bürgerschaftskanzlei. Ich glaube, wir haben alles gemacht. Ich habe auch nichts weiter. Da gibt es von Herrn Münster noch eine Wortmeldung. Bitte, Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Ja, Herr Vorsitzender, der nächste Termin? Steht der schon oder ist der noch in Findung?

Vorsitzender: Der nächste Termin ist mit den Obleuten schon angesprochen, mit verschiedenen Obleuten schon angesprochen worden, aber noch nicht mit allen.

(Zurufe)

In der Diskussion ist der 21. September 2017.

(Abg. Arno Münster: Kann ich da noch einmal nachfragen.)

Ja, Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Also für meinen Terminkalender nur: Wann kann ich denn mit einer endgültigen Entscheidung rechnen?

Vorsitzender: Ja, wir besprechen das im Anschluss an die Sitzung, besprechen das die Obleute aneinander, sodass ich dann unmittelbar tätig werden kann danach. Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, wir haben ja im Vorwege zu dieser Sitzung eine Übersicht der Bürgerschaftskanzlei auch bekommen und die haben ja gesagt, weil sie die etwas undankbare Aufgabe hatten, jetzt irgendwie Termine rauszusuchen und dass es natürlich dadurch, da so viele Abgeordnete hier drin sind, sich immer wieder überschneidet mit anderen Ausschüssen. Und ich glaube, es wäre gut, auch im Hinblick auf die Arbeit der Obleute, die das vielleicht gleich machen müssen und auch auf die Arbeit der Bürgerschaftskanzlei, wenn alle Fraktionen da ein bisschen großzügig sein könnten und sich Mitglieder, die hier drin sind, in den anderen Ausschüssen vielleicht das ein oder das andere Mal vertreten lassen könnten, wenn das irgendwie geht, damit wir irgendwie zügig Termine bekommen können und die dann auch vernünftig in dem Rahmen, was wir besprochen haben beispielsweise insbesondere donnerstags dann auch vonstattengehen können. Und das wäre jetzt ein Appell, dass alle da so ein bisschen vielleicht, ja, Flexibilität zeigen.

Vorsitzender: Ja, dem kann ich mich nur anschließen, denn die erste Information aus der Bürgerschaftskanzlei ist, dass es keine Termine gibt, an dem nicht irgendeine Überschneidung mit irgendwelchen anderen Terminen stattfindet. Und das betrifft auch den Vorsitzenden, und das betrifft auch die Obleute und das betrifft, ja, jede Fraktion. Also insofern wird es schwierig, aber wir werden es irgendwie hinbekommen.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann danke ich Ihnen für die erste Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Aber die Obleute können trotzdem einmal kurz hierher kommen, wenn sie mögen.

Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

Frauke Bai
(Sachbearbeitung)

**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

21. Wahlperiode

Antrag

**der Abgeordneten von SPD-, CDU-, Grünen- und FDP-Fraktion im Sonderausschuss
„Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“**

Betr.: Fahrplan Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“

Der Sonderausschuss bewegt sich im Spannungsfeld verschiedener Schuldzuweisungen in einer umfangreichen und hitzigen öffentlichen Debatte über die Ereignisse und Ausschreitungen vor und während des G20 in Hamburg. Bei der parlamentarischen Aufarbeitung in der Bürgerschaft sollte dem insofern Rechnung getragen werden, dass zu allen wichtigen Einzelthemen eine detaillierte Sachaufklärung/Aufarbeitung – auch anhand von Akten - erfolgt. Auf den bisherigen parlamentarischen Erkenntnissen (insbesondere Protokoll Sondersitzung Innenausschuss) wird aufgebaut. Wo Tatsachenbehauptungen strittig sind, ist es notwendig, auch jeweils die Gegenposition anzuhören, um im Ausschuss ein vollständiges Bild zu erhalten. Gleichzeitig gilt es, externe Expertinnen und Experten, sowie die Menschen in Hamburg in die Arbeit des Sonderausschusses mit einzubeziehen. Der Sonderausschuss stellt – auf Basis von Wortprotokollen seiner Beratungen und Anhörungen - politische Bewertungen an, kann die juristische Aufarbeitung durch die Ermittlungsbehörden und die Staatsanwaltschaft jedoch nicht ersetzen. **Kernziele des Sonderausschusses sind, die Ereignisse rund um den G20 Gipfel, einschließlich der Sicherheitskonzepte, detailliert aufzuarbeiten und einen strukturellen und konzeptionellen Beitrag zu leisten, damit sich derartige Ausschreitungen nicht wiederholen.**

Um eine breite Transparenz gegenüber Stadt und Öffentlichkeit – auch über Hamburg hinaus – zu erreichen, sollen unter Beachtung von § 56 Abs. 1 S. 5 GO Bü Sitzungen mit einem Livestream übertragen werden. Es soll mit dem Fahrplanbeschluss ein breites Einvernehmen über die jeweiligen Anhörungen von externen Sachverständigen wie auch intern Verantwortlichen erzielt werden. Entsprechend des Quorums für öffentliche Anhörungen sollen die Minderheitenrechte selbstverständlich gewahrt werden; der Ausschussvorsitzende wird aufgrund entsprechender Anhörungsbegehren die jeweilige/n Anhörsperson/en einladen; die antragstellenden Fraktionen erwarten, dass diesem Folge geleistet wird. Der Senat und die den Senat tragenden Fraktionen haben zugesagt, dieses zu ermöglichen (z.B. durch ggf. zu treffende weitergehende Beschlüsse nach § 58 Abs. 2 GO Bü). Der abschließende Ausschussbericht kann sowohl einvernehmliche, als auch mit Mehrheit beschlossene Empfehlungen enthalten; er soll aber auch ein oder mehrere Minderheitenvoten ermöglichen (z.B. nach Fraktionen).

Vor diesem Hintergrund beschließt der Sonderausschuss folgende Strukturierung seiner Befassungen:

Phase 1: Aufarbeitung Vorbereitung G20

Sitzung (Nr.)	Thema	Methode/Instrument	Personen
	<p>Aufklärung gipfelbezogener Parameter (Warum die Messe als Austragungsort?)</p> <p>Aufgabenteilung/ Abstimmung Bund und Land (Was wusste wer wann und was wurde wann mit wem abgestimmt? Auch innerhalb der FHH)</p> <p>Erarbeitung Sicherheitskonzept und zugrundeliegende Erkenntnislagen (u.a. Tagungssicherheit, Verkehrskonzept, Umgang mit Protest):</p> <p>a) Welche äußeren Rahmenbedingungen waren gegeben (was ist bei der Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes als gegebene Grundlage hinzunehmen, z.B. Veranstaltungsort,</p>	<p>Einladung des Leitungsstabs der Polizei, Befragung</p>	<p>Andy Grote Ralf Meyer Torsten Voß Hartmut Dudde als Einsatzleiter usw,</p> <p>ggf. weitere Behördenvertreter</p> <p>Ggf. Einladung Verantwortlicher BMI/BPol/BKA; Bundesamt für Verfassungsschutz;</p>

	<p>Teilnehmer, Anreisewege und Zeiten, Hotels, Schutzklassen usw.).</p> <p>b) Welche Lagebeurteilung lag dem Einsatzkonzept zugrunde (von welchen Anforderungen war auszugehen, wovor musste geschützt, was musste gesichert, was geregelt sein)</p> <p>c) Welches Einsatzkonzept ergab sich aus den äußeren Rahmenbedingungen und der Lagebeurteilung?</p> <p>Was wurde von wem wann wem gegenüber kommuniziert (intern/extern)?</p> <p>Politische Gesamtbewertung/ Gesamtverantwortung der Vorbereitungsphase unter Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20</p> <p>Aufgabenteilung/ Abstimmung über Deutschland hinaus (Berücksichtigung ausländischer Gewalttäter), konkret polizeiliche Arbeit im</p>		<p>Anhörung BGM1 (in der 2. Arbeitssitzung)</p>
--	---	--	---

	<p>Vorfeld Zusammenarbeit Bund / EU / weiteres Ausland auf geheimdienstlicher Ebene und auf polizeilicher Ebene</p> <p>Exkurs: Entzug Akkreditierung Medienvertreter. Ist datenschutzrechtlich korrekt damit umgegangen worden?</p>		<p>BPA, LfV, HmbDSB</p>
	<p>Vorbereitung/ Mobilisierung auf Seiten der Hamburger, bundesweiten und ausländischen Autonomen / Gewaltbereiten / Gewaltunterstützenden (Werbung, Einladung u. dgl. z.B. durch die Rote Flora), Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20 aus der Nachbereitung</p>	<p>Sachverständigenanhörung:</p> <p>Protestforscher, Extremismusforscher/-experten Soziologen, Sozialforscher einladen (Gesellschaftliche Entwicklungen, aber mit Bezug zu G20)</p> <p>Vgl. unten; nur eine Sachverst.-Anhörung</p>	<p>Vertreter der BIS</p>
	<p>Justizielle Begleitung / Darstellung der Rechtsprechung im Vorfeld</p>	<p>Einladung aus Leitungsstab Polizei</p>	<p>Einladung der genannten Personen</p>

	Allgemeinverfügung i.V.m. Erkenntnislage	Ggf. als Experten: Verfassungsrechtler; Verwaltungsrechtler; Befragung und Anhörung	ggf. weitere Behördenvertreter (insbesondere JB)
	Camps/andere Übernachtungsräume i.V.m. Erkenntnislage	RA der Klägerseite	

Phase 2: Aufarbeitung Durchführung G20

Sitzung (Nr.)	Thema	Methode/Instrument	Personen
	Operative Umsetzung des Sicherheitskonzepts unmittelbar im Vorwege des Gipfels und während des Gipfels Wie wurde das o.g. Konzept im Einsatzverlauf aufgrund der tatsächlichen Entwicklung angepasst?	Einladung des Leitungsstabs der Polizei, Befragung, ggf. Einsicht in relevante Unterlagen	Andy Grote Ralf Meyer Torsten Voß Hartmut Dudde als Einsatzleiter Usw. ggf. weitere Behördenvertreter Ggf. Einladung Verantwortlicher BMI/BPol/BKA; Bundesamt für Verfassungsschutz
	Einzelne Versammlungsverläufe und Anschlussgeschehen (tageweise)	Leitungsstab Polizei; Einsatzleiter vor Ort Ggf. Polizeiseelsorger	BIS kann weitere Behördenvertreter benennen

	<p>Geschehen rund um den Gipfel / Geschehen in der übrigen Stadt</p> <p>Rolle der Camps/anderer Übernachtungsangebote</p> <p>Inwieweit gab es fake news die Geschehensabläufe beeinflusst haben?</p> <p>Jeweils Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20</p> <p>Politische Gesamtverantwortung /Gesamtbetrachtung Durchführungsphase</p>	<p>Demobeobachter: Humanistische Union / Ermittlungsausschuss RAV u.a.</p> <p>Augenzeugen: u.a. Rondenbarg: Nils Jansen, Geschäftsführer Verdi- Jugend NRW-Süd</p> <p>AnwohnerInnen Schulterblatt</p>	<p>Erneute Anhörung BGM1</p>
	<p>Gefangenensammelstelle/ Außenstelle des Amtsgerichts Arbeitsweise seitens Polizei und seitens Gericht; Verlauf, Bestand; Probleme</p>	<p>Einladung der Leiter; Einladung ggf. Anwälte</p> <p>mögl. Auskunftspersonen: Polizeiverantwortliche, Hanseatische Rechtsanwaltskammer, Amtsgericht, Justizbehörde, Demoanmelder, RAV, Elke Steven - Grundrechtekomitee</p> <p>Ggf. weitere: u.a.</p>	<p>Einladung der genannten Personen</p>

		Paul Erzkamp – Landesvorsitzender Falken NRW Nils Jansen, Geschäftsführer Verdi- Jugend NRW-Süd	
--	--	--	--

Phase 3: Aufarbeitung Nachbereitung G20 / Konsequenzen

Sitzung (Nr.)	Thema	Methode/Instrument	Personen
	<p>Fortschreibung der Einsatzberichte vom InnenA 19.7.17</p> <p>Schadensbilanz insgesamt nach dem Gipfel (Personen- und Sachschäden; Schäden auf Seiten der Polizei)</p> <p>Bilanz Feuerwehr / HiOrgs und ggf. weitere</p> <p>Entschädigungsregelungen (Praktische Umsetzung, Probleme, Ergebnisse)</p> <p>Jeweils unter Einbeziehung der Erkenntnisse, die aus der Nachbereitung des Gipfels gewonnen wurden</p>	Einladung des Leitungsstabs der Polizei, Befragung, ggf. Einsicht in relevante Unterlagen	Andy Grote Ralf Meyer Torsten Voß Hartmut Dudde als Einsatzleiter Usw.

	<p>Ermittlungen der Soko Schwarzer Block</p> <p>hinsichtlich Tätern/Tätergruppen/ Tatstrukturen usw.: Was für Ableitungen lassen sich bilden?</p> <p>Täter-Clusterung, um Schlussfolgerungen ziehen zu können. Wie haben sich Tätergruppen im Geschehen wechselseitig beeinflusst?</p> <p>Wo gab es von wem welche Unterstützung für die o.g. Tätergruppen? Welche Erkenntnisse liegen zur Unterstützung gewalttätiger Aktionsformen im Vorfeld und während des Gipfels vor?</p>		
	<p>Auf den Einsatzberichten aufbauend: Wissenschaftliche Informationen zu Verlauf von Protesten/ Konflikten/Demos</p>	<p>Expertenanhörung Protestforscher; Militanzforschung Extremismusforscher/- experten, Jugendforscher, Soziologen / Sozialforscher</p>	<p>Einladung der Experten z.B. Andreas Zick Simon Teune</p>

		(Gesellschaftliche Entwicklungen, mit Fokus auf G20-Bezug; vgl. oben: nur eine Anhörung)	
	<p>Auf den Einsatzberichten, Ermittlungsergebnissen und Strukturkenntnissen aufbauend:</p> <p>Linksextreme Szene in Hamburg, Deutschland, Europa: Erkenntnisstand allgemein und Lageerkenntnis mit Bezug auf den Gipfel; Schwarzer Block in Hamburg und Gewaltbereitschaft. Fazit innerhalb der Szene.</p> <p>Jeweils unter Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20</p>	Einladung Verfassungsschutz sowie Experten; Befragung, Anhörung	Torsten Voß und weitere sachkundige Personen
	<p>Vorwurfslagen gegen die Polizei: Welche Anzeigen liegen worauf bezogen vor? Welchen Ermittlungsstand gibt es dazu? In welcher Relation steht das zum Gesamtgeschehen? Welche Lehren sind daraus zu ziehen – auch</p>	Ggf. unter Beteiligung von Experten	Einbeziehung DIE

	<p>im Hinblick auf die gesamte Strategie?</p> <p>Weitere Vorwurfslagen?</p>		
	<p>Vor der finalen „Konsequenz-Phase“</p> <p>Anhörung Polizeigewerkschaften</p> <p>Öffentliche Anhörung im Quartier</p> <p>Abschließend dritte Anhörung des BGM</p>	<p>GdP, DPolG, BdK</p> <p>Insbesondere Stadtteilkonferenz/ Stadtteilbeirat usw.</p> <p>Mit Zielrichtung Wünsche aufnehmen/ Rückkoppelung ermöglichen</p>	<p>Einladung Polizeigewerkschaften</p>
	<p>Aufbauend auf präziser Analyse des Wer/Warum</p> <p>Empfehlungen/ Konsequenzen politisch, rechtlich, polizeilich</p> <p>Ggf. abgleichend, wer macht schon was erfolgreich? Was ist aus</p>	<p>Oppositionsanträge überweisen/prüfen</p> <p>Länderabfrage</p>	

	<p>den Strategien zu anderem Extremismus zu lernen (Rechts/Islamismus)? Präventiv/Repressiv?</p> <p>Konsequenzen vor Ort (Stadtteil, Szene, Flora)?</p>		
	<p>Ausschussbericht vor Sommerpause 2018 in der Bürgerschaft:</p> <p>Zieldatum spätestens 27.6.18</p> <p><u>D.h. letzte Ausschuss- Sitzung Ende Mai/Anfang Juni 2018 – d.h. es bleiben 9 Monate</u></p> <p><u>Sitzung Do alle 2/3 Wochen</u></p>	<p>Aufteilung in einvernehm- lich / Mehrheits- und Minderheitenvotum</p>	

Anlage 2

DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

An
Sonderausschuss G20

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Telefon 040 / 42 831 22 50
Telefax 040 / 42 731 22 77
info@linksfraktion-hamburg.de
www.linksfraktion-hamburg.de

Hamburg, den 25.08.2017

Sonderausschuss-Mitglieder der Fraktion DIE LINKE

Antrag auf Erweiterung bzw. Präzisierung einzelner Punkte des Fahrplans

S. 2 Ergänzung zu:

Aufklärung gipfelbezogener Parameter: *Problematik einer Großstadt wie Hamburg als Austragungsort*

Weitere Personen: Prof. Feltes (Ruhruniversität Bochum)

S. 2/3: Sicherheitskonzept ...

d) Einbeziehung von Kritik aus wissenschaftlicher und polizeilicher Sicht.

Weitere Personen: Oliver Dobrowolski (Verein Polizei Grün, Berlin), Polizeidirektor a.D. Udo Behrendes (Köln), Prof. Feltes (Ruhruniversität Bochum)

(Wäre eventuell aber auch auf S. 6 unter „Operative Umsetzung“ einzufügen)

S. 4 Ergänzung zu:

Aufgabenteilung/Abstimmung über Deutschland hinaus:

Personen: Heiner Busch, CILIP

Exkurs: Entzug Akkreditierung Medienvertreter. Ist *in Bezug auf das Grundrecht der Pressefreiheit und datenschutzrechtlich korrekt* damit umgegangen worden?

Weitere Personen: VertreterInnen von DJU und DJV

S. 6/7 zwei zusätzliche Punkte

Nach dem Punkt „Operative Umsetzung“:

Mediale Strategie des Senats und besonders der Sicherheitsbehörden vor und während der G20-Proteste

Personen: aus dem Bereich fcmc

(Dafür könnte man auf S. 7 „eventuelle Fake News“ streichen)

Kooperationsgespräche und die Problematik der Versammlungsbehörde als Instrument der Polizei

Personen: Christian Ernst (Bucerius Law School)

S. 7: Einfügen unter „Versammlungsverläufe ...“

... und Polizeieinsätze; darunter v.a. die besonders umstrittenen Ereignisse: Entenwerder (2.7.); Massencorner/Arrivati Park (4.7.); Welcome to Hell (6.7., mit Vorlauf); Rondenbarg (7.7.); Einsatz Polizei und Sondereinsatzkräfte am Abend des 8.7.

S. 7: Einfügen unter „Geschehen rund um den Gipfel“:

Entgrenzte Gewalt und Einsatzverläufe (Zerstörungen in Altona: Elbchaussee, Altona Rathaus und Umgebung, Max-Brauer-Allee und anderen Orten (7.7.); Gewalt vom 7. auf den 8.7. im Schanzenviertel und Umgebung

S. 10 (Wissenschaftliche Informationen ...)

Weitere Personen: Jan-Philip Reemtsma

S. 11 (Vorwurfslagen)

Personen: Rechtsanwältinnen aus Verfahren (soweit möglich)

S. 12

Zu „Empfehlungen, Konsequenzen ...“:

Vertreter/innen von ai Polizei; Prof. Dr. Tobias Singelstein



Alternative für Deutschland – Bürgerschaftsfraktion Hamburg – Rathausmarkt 1 20095 Hamburg

An den Vorsitzenden
des Sonderausschusses G20
der Hamburgischen Bürgerschaft
Herrn Milan Pein
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Dirk Nockemann

☎ (040) 428 31- 2518

Dirk.Nockemann@afd-fraktion.hamburg.de

Hamburg, den 3. August 2017

Antrag Sonderausschuss G20 – Begehung der Roten Flora

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Pein, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie vorab, dieses Schreiben an die Mitglieder des Sonderausschusses G20 weiterzuleiten.

Namens der AfD-Fraktion beantrage ich, in der ersten Sitzung des Sonderausschusses G20 der Hamburgischen Bürgerschaft den Beschluss zu fassen, eine Begehung der Roten Flora mit dem Ausschuss vorzunehmen.

Die Rolle der Roten Flora und ihrer Nutzer ist ein wesentlicher Aspekt der Aufarbeitung der Ereignisse rund um den G20-Gipfel.

Eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat hatte zuletzt ergeben, dass „der überwiegende Teil der Nutzer des Gebäudes der „autonomen“ Szene angehört, die vom Landesamt für Verfassungsschutz als gewaltorientiert eingestuft ist. In der zweimonatlich von „Autonomen“ aus dem Umfeld der Roten Flora herausgegebenen Szenezeitschrift „Zeck“ werden neben Terminen und Demonstrationsaufrufen regelmäßig Selbstbeichtigungsschreiben zu politisch motivierten Straftaten veröffentlicht“.

Darüber hinaus wird festgehalten, dass „die Rote Flora weit über Hamburg hinaus bis ins europäische Ausland eine große Bedeutung insbesondere für die gewaltorientierte linksextremistische Szene hat“.

Nach den Ereignissen vom G20-Gipfel haben die Sicherheitsbehörden laut dem Hamburger Abendblatt „keine Zweifel daran, dass die Rote Flora auch als Schaltzentrale für die gewaltvollen Krawalle diente.“ Von ihr gingen Aufrufe, dass der Gipfel „auf die Straße gesetzt“ werden solle und Drohungen wie: „Wir sind sicher, dass viele Freund_innen aus nah und

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
www.afd-fraktion-hamburg.de

Vorsitzende:
Prof. Dr. Jörn Kruse
Dr. Bernd Baumann
Stellvertreter:
Dirk Nockemann
info@afd-fraktion.hamburg.de

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
IBAN DE35200505501232129971
BIC HASPDEHHXXX

Kontakt:
☎ 040 428 31-2518
☎ 040 428 31-2520
☎ 040 428 31-2523
☎ 040 428 31-2524
☎ 040 427 31-2384



Alternative für Deutschland – Bürgerschaftsfraktion Hamburg – Rathausmarkt 1 20095 Hamburg

fern uns unterstützen werden, die Stadt Hamburg lahmzulegen und für einen bleibenden Eindruck zu sorgen.“ Worum soll es sich hierbei handeln, wenn nicht um eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten?

Für Außenstehende unfassbar mutet es angesichts dieser Umstände an, dass das Grundstück und Gebäude der Roten Flora der stadteigenen Johann Daniel Lawaetz-Stiftung gehört und den „Autonomen“ zur gebührenfreien Nutzung überlassen wird. Sämtliche Kosten der Flora, die extremistischen und gewaltbereiten „Autonomen“, die die Zerstörung des sie umgarnenden Systems fordern, einen unkontrollierten Aktionsraum bietet, zahlt die Stadt und somit der Hamburger Steuerzahler.

Die Übernahme der Betriebskosten durch die Stadt sind ausweislich der bereits zitierten Anfrage in einem Treuhandvertrag zwischen der Stadt und der Lawaetz-Stiftung geregelt.

Weiter gewährt die Stadt der Stiftung jährliche Zuwendungen in Höhe von 24.000 Euro, damit diese die Nutzung durch die „Autonomen“ sicherstellen kann.

Man stelle sich in solchem Zusammenhang nur vor, es gäbe einen steuerfinanzierten Ort, an dem Rechtsextremisten bekanntermaßen Gewalttaten planen, um sich die Absurdität der ganzen Angelegenheit vor Augen zu führen.

Aber auch abgesehen von solch grotesken Umständen: Weswegen soll die Rote Flora für die Allgemeinheit förderungswürdig sein, so dass Steuermittel aufgewendet werden dürften, diese zu unterstützen?

Angesichts dieser Tatsache (Gebäude und Grundstück gehören der Stadt, die laufenden Kosten werden von der Stadt getragen) erscheint es dringend erforderlich, dass die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft die Gelegenheit bekommen, das Gebäude, seinen Zustand und seine Nutzung in Augenschein zu nehmen, um notwendige Informationen zur weiteren Diskussion und Haltung zur Roten Flora erlangen zu können.

Dies ist auch deshalb mittlerweile unumgänglich, weil die „Autonomen“ der Roten Flora seit 2014 noch nie einen Vertreter der Lawaetz-Stiftung in die Räume gelassen haben, wie die BILD-Zeitung berichtete. Insofern ist der Skandal komplett: Ein vollständig vom Steuerzahler finanziertes Objekt verweigert Vertretern der Stadt den Zutritt, was dem Senat bislang allerdings offenbar gleichgültig war. Dieses soll sich mit unserem Antrag nun ändern.

gez.

Dirk Nockemann

gez.

Dr. Alexander Wolf

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
www.afd-fraktion-hamburg.de

Vorsitzende:
Prof. Dr. Jörn Kruse
Dr. Bernd Baumann
Stellvertreter:
Dirk Nockemann
info@afd-fraktion.hamburg.de

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
IBAN DE35200505501232129971
BIC HASPDEHHXXX

Kontakt:
☎ 040 428 31-2518
☎ 040 428 31-2520
☎ 040 428 31-2523
☎ 040 428 31-2524
☎ 040 427 31-2384



Alternative für Deutschland – Bürgerschaftsfraktion Hamburg – Rathausmarkt 1 20095 Hamburg

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
www.afd-fraktion-hamburg.de

Vorsitzende:
Prof. Dr. Jörn Kruse
Dr. Bernd Baumann
Stellvertreter:
Dirk Nockemann
info@afd-fraktion.hamburg.de

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
IBAN DE35200505501232129971
BIC HASPDEHHXXX

Kontakt:
 040 428 31-2518
 040 428 31-2520
 040 428 31-2523
 040 428 31-2524
 040 427 31-2384

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

21. Wahlperiode

Antrag nach Artikel 30 HV

der Abgeordneten von SPD-, CDU-, Grünen- und FDP-Fraktion im Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“

Betr.: Aktenvorlage im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft

Am 12. Juli 2017 hat die Bürgerschaft die Einsetzung eines Sonderausschusses mit dem Titel „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ beschlossen (Drs. 21/9805). Der Ausschuss hat den Auftrag, die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat-, Täter- und Unterstützungsstrukturen, des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzeptes sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen. Ziel ist es, die richtigen Lehren zu ziehen, damit sich so etwas in Hamburg nicht wiederholt.

Die politische Aufarbeitung der Ereignisse um den G20-Gipfel hat bereits am 19. Juli 2017 in einer Sondersitzung des Innenausschusses der Bürgerschaft begonnen. Der Sonderausschuss soll Ende August 2017 mit einem Fahrplanbeschluss gemäß § 53 Abs. 2 S. 1 GO BÜ seine Arbeit aufnehmen, eine Aktenvorlage ist für die Ausschussarbeit unabdingbar: Damit ein möglichst vollständiges Bild der gewalttätigen Ausschreitungen entsteht und die erforderliche Aufarbeitung nach allen Seiten betrieben werden kann, ist es notwendig, in alle Unterlagen des Senats Einsicht zu nehmen, die Auskunft über die Planung und Umsetzung des Sicherheitskonzepts für den G20-Gipfel geben, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder das Staatswohl entgegenstehen (Artikel 30 2. Alt. HV). In diesem Rahmen sind insbesondere von Interesse

- Einsatzkonzeption und vorbereitende Materialien/Erkenntnisse (Lagebilder, Bedrohungsanalysen, Erkenntnisse auch anderer Behörden wie Bundespolizei, BMI und VS; hierzu wird sich der Senat im Rahmen der Aktenvorlage mit den Verantwortlichen anderer Behörden über die Herausgabe abzustimmen haben), Maßnahmen im Vorfeld.
- Dokumentation des dynamischen Einsatzgeschehens in Raum und Zeit: Lage- und Einsatzberichte, festgestellte strafrechtlich relevante Sachverhalte (Bekannt- und Unbekanntsachen), Verteilung der Einsatzkräfte auf einzelne Aufgaben (Absperrmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen, Raumschutz) Demonstrationsgeschehen und Kooperationsverhandlungen, Kräfteinsatz und notwendige Kräfteumschichtungen. Dafür wird es notwendig sein, dass die Abgeordneten und ihre MitarbeiterInnen einen eigenständigen Zugang zu relevanten Video- und Audiodokumenten der Polizei erhalten.
- Statistische Angaben zum Einsatz: eingesetzte Ressourcen, Kosten, Straftaten, Verletzte etc.

Sollten sich weitere Vorlagenotwendigkeiten ergeben, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Aktenvorlage auch im Sonderausschuss nach Artikel 30 HV ein Minderheitenrecht ist.

Der Sonderausschuss möge daher nach Artikel 30 HV beschließen:

Der Senat möge der Hamburgischen Bürgerschaft unverzüglich, spätestens bis 30.09.2017, sämtliche Akten, Vorgänge, E-Mails, Video- und Audiodokumente, Gutachten, Lageerkennnisse, Einsatz- und Lagepläne, Einsatzberichte, Verträge und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen, Gremien der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die in diesem Zusammenhang vorlagepflichtigen Unterlagen von Bundesbehörden und Bundesgremien, die der Senat zu den Akten genommen hat, vorlegen, die im Zusammenhang mit der Planung und der Umsetzung des Sicherheitskonzepts für den G20-Gipfel in Hamburg stehen. Unterlagen zu Einsatzkonzepten der Sicherheitsbehörden sind nur soweit umfasst, wie sie die singuläre Einsatzsituation beim G20-Gipfel betreffen. Allgemeine taktische und technische Details zu Arbeitsweisen der Sicherheitsbehörden sind nicht Gegenstand des Aktenvorlageersuchens. Ermittlungsverfahren im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand sind ebenfalls Gegenstand der Aktenvorlage, soweit nicht jeweils der Ermittlungserfolg gefährdet wird. Um dem Sonderausschuss schon im September 2017 den Start seiner Aufarbeitung zu ermöglichen, sollen Einsatzkonzeption und vorbereitende Materialien/Erkenntnisse dem Sonderausschuss schon bis 15.09.2017 vorgelegt werden.